



AJC UND DEUTSCHLAND

Geschichte einer Partnerschaft, 1945–2020

DEIDRE BERGER

AJC UND DEUTSCHLAND

Geschichte einer Partnerschaft, 1945–2020



Copyright © 2020 American Jewish Committee. Alle Rechte vorbehalten.

Die Geschichte, die hier nacherzählt wird, ist einzigartig – *und fesselnd.*

NACH DEM ENDE des Zweiten Weltkrieges stellte sich eine zentrale Frage: Wie könnte die Beziehung von Jüdinnen und Juden zu Deutschland gestaltet sein, nachdem bei der nationalsozialistischen ‚Endlösung‘ sechs der neun Millionen europäischen Jüdinnen und Juden ermordet worden waren, ganz zu schweigen von unzähligen anderen Menschen?

Für manche lag die durchaus verständliche Antwort auf der Hand: Es darf keine geben. Für sie war angesichts des Schreckens, den die jüdische Bevölkerung hatte durchleben müssen, keinerlei Umgang mit Nachkriegsdeutschland vorstellbar. Jeglicher Kontakt mit Deutschland sollte gemieden werden und das Land für alle Ewigkeit im Dunkel der Vergangenheit verschwinden. Für die damalige Führung des American Jewish Committee (AJC) fiel die Antwort jedoch gänzlich anders aus. Das lag allerdings nicht daran, dass sie nicht auch über die Ereignisse der vorangegangenen 12 Jahre entsetzt gewesen wäre; natürlich waren diese 12 Jahre auch für das AJC eine Zeit des Schreckens.

Aber die Organisation hatte etwas verstanden, das sie zu einer anderen Schlussfolgerung kommen ließ. Im Nachhinein betrachtet, eine wahrlich mutige und sogar brillante Einsicht.

Es war gerade die deutsche Verantwortung für den Holocaust, die einen Umgang mit dem Land erforderlich machte. Das Land spielte eine zu zentrale Rolle – mitten in Europa gelegen und der Schalthebel eines mörderischen Krieges nach dem anderen –, als dass es hätte ignoriert oder vernachlässigt werden dürfen, wie groß die Versuchung auch war.

Und so setzte sich das AJC ein ambitioniertes, gar kühnes Ziel: zu versuchen, die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands mit zu beeinflussen, im Bestreben, die Entstehung eines friedlichen und demokratischen Landes zu befördern, das die schmerzhaften Lektionen seiner Geschichte gelernt und eine völlig neue und hoffnungsvollere Zukunft vor sich haben sollte. Das war weder ein schnelles noch ein einfaches Unterfangen. Denn für ein solches Vorgehen gab es keine Blaupause. Dergleichen war nie zuvor – und auch nicht annähernd – versucht worden. Zudem waren auch keineswegs alle Deutschen in jedem Fall daran interessiert, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, Antisemitismus abzulehnen und eine neue Perspektive aufs Leben einzunehmen.

Meine Hochachtung für die Führung des AJC in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende kennt wahrlich keine Grenzen. Trotz der Skepsis vieler anderer Jüdinnen und Juden, verfolgte sie hartnäckig ihr Ziel, entschlossen etwas zu bewirken und dabei zu helfen, ein neues Kapitel deutscher und jüdischer Geschichte zu schreiben. Und, was umso verwunderlicher ist, es gelang ihr in einer Weise, die sogar die kühnsten Träume übertraf.

In den letzten 70 Jahren hat sich Deutschland zu einer Nation weiterentwickelt, die sich vor dem Hintergrund seiner Geschichte dem Schutz der Menschenwürde verschrieben hat, Gründungsmitglied der Europäischen Union, NATO-Bündnispartner, ein Zuhause für eine wachsende jüdische Gemeinschaft und ein strategischer Partner Israels geworden ist. Wer verstehen möchte, was das AJC so besonders macht, worauf unsere Arbeit gründet, welche Ansätze wir verfolgen und wie die Früchte unserer Arbeit aussehen, findet alle Antworten in dieser Broschüre – in beeindruckender Detailfreude, mit umfassendem Kontext und vielen Beispielen.

Ich möchte der Autorin des Textes, meiner geschätzten Kollegin Deidre Berger, meinen Dank ausdrücken, die – ungeachtet der ihr eigenen Bescheidenheit – in den letzten zwei Jahrzehnten eine der wichtigsten Stützen unserer erfolgreichen Bemühungen in Deutschland an der Spitze des Teams des AJC Berlin gewesen ist. Als frühere Korrespondentin des National Public Radio (NPR) in Deutschland kennt sie das Land in und auswendig. Sie hat eine besondere Leidenschaft für die deutsch-jüdischen Beziehungen und verfügt über die fundierten Kommunikationsfähigkeiten einer Journalistin. Das alles ist diesem Text deutlich anzumerken.

David Harris
AJC CEO



Rabbi Sidney Lefkowitz (rechts) leitet den jüdischen Gottesdienst an, der am 29. Oktober 1944 von Aachen aus vom AJC und NBC Radio übertragen wird.

AJC und Deutschland: Geschichte einer Partnerschaft, 1945–2020



Deidre Berger

ALS AM 8. MAI 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging, arbeitete das American Jewish Committee (AJC) bereits an Strategien, um Deutschland dabei zu helfen, nicht erneut dem rassistischen Autoritarismus anheim zu fallen. Das AJC verstand, dass die Förderung demokratischer Werte unter der deutschen Bevölkerung sowie der Aufbau demokratischer Institutionen in Deutschland wichtige Grundlagen für einen dauerhaften Frieden sein würden.

Dieses Interesse des AJC zeigte sich bereits sieben Monate vorher, als es in Zusammenarbeit mit NBC Radio dafür sorgte, dass der erste jüdische Gottesdienst in Deutschland seit der Machtübernahme Hitlers live in den Vereinigten Staaten ausgestrahlt werden konnte. Rabbi Sidney Lefkowitz, der als Seelsorger in der US-Armee tätig war, leitete den Gottesdienst für 50 jüdische Soldaten am 29. Oktober 1944 auf einem Schlachtfeld nahe der zerstörten Synagoge in Aachen an. Der Gefreite Max Fuchs fungierte als Kantor. Der katholische Seelsorger Pater Edward Waters und der evangelische Seelsorger Bernard Henry kamen ebenfalls zu Wort. Während des Gebets waren im Hintergrund Artilleriegranaten und Gewehrfeuer zu hören.

Der jüdische Gottesdienst richtete sich auch an die deutsche Bevölkerung, als – so Milton Krentz, Hörfunkdirektor des AJC – eine Warnung, dass „die alliierten Armeen, der alle Hautfarben, Glaubensrichtungen und Nationalitäten angehören, niemals aufhören werden, bevor auf jedem Quadratzentimeter Boden der Achsenmächte Tyrannei durch Freiheit ersetzt worden ist“.

Direkt nach dem Krieg teilten aber keineswegs alle im Lager der siegreichen Alliierten die Haltung des AJC, dass Deutschland wieder in die Strukturen des Westens eingebettet werden könnte. Dessen ungeachtet war das AJC entschlossen, an der Herkulesaufgabe des Wiederaufbaus Deutschlands nach dem Krieg mitzuwirken, indem es den weiterhin grassierenden Antisemitismus bekämpfte, sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzte und ein Verständnis für demokratische Prozesse förderte.



Ruinen des Reichstags
1945 in Berlin

Hilfe für die Überlebenden und Förderung der Demokratie

DIE ERSTE HERAUSFORDERUNG, die es zu bewältigen galt, war, sich um die Situation Hunderttausender traumatisierter Holocaust-Überlebender zu kümmern. Der überwiegende Teil von ihnen hatte nicht nur den Großteil oder die gesamte Familie verloren, sondern war körperlich und psychisch ausgebrannt und ziellos, vom Zuhause vertrieben und ohne die jüdischen Gemeinschaften, die den meisten im Alltagsleben als Anker gedient hatten. Das AJC eröffnete ein europäisches Büro in Paris und sandte KorrespondentInnen in verschiedene Länder, um vertriebene jüdische Überlebende zu unterstützen und die Entwicklung im Auge zu behalten. Der Leiter des europäischen AJC-Büros Zachariah Schuster reiste mehrmals im Monat nach Deutschland, um das AJC über die Lage auf dem Laufenden zu halten.

1945, kurz nach Kriegsende, besuchte eine AJC-Delegation verschiedene Vertriebenenlager (DP-Lager) in Deutschland. Die Erfahrungsberichte der TeilnehmerInnen veranlassten das AJC, sich für die offizielle Stelle eines/einer Beraters/Beraterin für jüdische Fragen innerhalb der US-Regierung einzusetzen – mit Erfolg. Der erste solche Berater, der Richter Simon Rifkind, ein AJC-Mitglied, überzeugte die US-Militärbehörden davon, eigene Lager für jüdische Überlebende einzurichten, da sie in den Lagern, die sie gemeinsam mit nicht-jüdischen Deutschen bewohnten, fortwährendem Antisemitismus ausgesetzt waren. Diese nicht-jüdischen Deutschen waren noch stark von der Nazi-Ideologie geprägt und aus dem kommunistisch kontrollierten Osten des Landes geflohen. Ein Jahr später, 1946, war das AJC an der Gründung des Citizens Committee on Displaced Persons beteiligt, das die Aufnahme jüdischer Vertriebener in die Vereinigten Staaten förderte.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war das AJC bestrebt, die demokratische Entwicklung in Deutschland zu fördern. 1946 organisierte und finanzierte das AJC die Gotthold Ephraim Lessing Association for the Promotion of Tolerance, mit der das bürgerliche Engagement der deutschen Bevölkerung unterstützt werden sollte. Im Jahr 1948 unterhielt die

Lessing Association Zweigstellen in Frankfurt, München, Würzburg und an weiteren Orten. Der Aufbau einer Art Gemeinsinn in einer Gesellschaft, die lange von einer autoritären Regierung geführt wurde und über keine ausgeprägte Tradition bürgerschaftlichen Engagements verfügte, stellte sich für das AJC als schwierige Aufgabe dar. Die Lessing Association hatte Schwierigkeiten, *Lay Leaders* für ihre Führungsebene zu finden. Mit der Ermordung oder Vertreibung der vormals sehr bürgerschaftlich gesinnten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, deren Mitglieder vor dem Krieg häufig sehr großzügig für soziale und kulturelle Institutionen gespendet hatten, war eine wichtige Stütze für solcherlei gesellschaftliches Engagement verschwunden. Das AJC war zunehmend besorgt über das wenig ausgeprägte demokratische Selbstverständnis, die weiter bestehenden Sympathien für das Nazi-Regime und das Fortbestehen von Antisemitismus und Fremdenhass.

Alarmierende Berichte seines Netzwerks aus MitarbeiterInnen und KorrespondentInnen in Europa überzeugten das AJC davon, dass das deutsche Bildungssystem von Grund auf neu geordnet werden musste. Im September 1947 warnte der Vizepräsident des AJC John Slawson: „Wenn wir zum aktuellen Zeitpunkt einen materiellen Wiederaufbau Deutschlands leisten, ohne gleichzeitig eine vollständige geistige und bildungsbezogene Neustrukturierung zu vollziehen, werden wir ein Frankenstein-Monster erschaffen, das die Welt infizieren und eine Bedrohung für diese darstellen wird.“

Angesichts der weit verbreiteten Skepsis innerhalb der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft, was die Reformfähigkeit Deutschlands anging, suchte das AJC nach Wegen und Mitteln, um eine pro-demokratische Agenda für das Land zu befördern. Nachdem eine AJC-Umfrage 1947 ergab, dass 61 Prozent der Deutschen noch immer eine rassistische Gesinnung hatten, gründete das AJC einen Sonderausschuss zu Deutschland. Im Oktober desselben Jahres merkte der AJC-Vorstand an, dass „bei der Ausmerzung der Nazi-Ideologie unter der deutschen Bevölkerung nur wenig Fortschritte erzielt wurden und Rassismus und Antisemitismus noch immer weit verbreitet sind“. Als Reaktion darauf drängte das Gremium auf eine „Reeducation“-Politik, also auf demokratische Bildungsarbeit, auf pro-demokratische Maßnahmen sowie auf Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus. Um die eigenen Bemühungen zu unterfüttern, gab das AJC eine Reihe von Studien in Auftrag, die zwischen den Jahren 1949 und 1952 erschienen und zu einer größeren öffentlichen Wahrnehmung der Problematik

führen sollten. Ab Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 erhielt das AJC regelmäßige Berichte zur Entwicklung der bundesdeutschen Politik und dem jüdischen Leben von seinen KorrespondentInnen in der Bundesrepublik. Da die Generation, die unter dem Hitler-Regime aufgewachsen war, nur schwer zu erreichen war, konzentrierte sich das AJC auf die Entwicklung von Bildungsprogrammen für Jugendliche. Ab 1948 zeigte die German Youth Division der US-Armee am militärischen Hauptquartier in München jungen Menschen, Eltern, LehrerInnen und JugendleiterInnen den wegweisenden AJC-Film *Make Way for Youth*. Die Armee informierte das AJC darüber, dass „kein Zweifel daran besteht, dass *Make Way for Youth* einen positiven Beitrag dazu leistete ... die Unterstützung der Bevölkerung für ein Jugendprogramm in Deutschland zu gewinnen“. Hunderttausende junger Menschen in Westdeutschland, Österreich, Japan und Südkorea sahen schließlich den Film.

Angesichts der historischen Wurzeln des modernen Antisemitismus im Christentum war das AJC besonders bestrebt, einen Kontakt zu christlichen Gruppen aufzubauen. Ziel war es, diese dazu zu bringen, Fälle von Antisemitismus als solche anzuerkennen und ihnen entgegenzuwirken. Im Mai 1950 sprach Elliot Cohen, der Herausgeber der vom AJC gegründeten und publizierten Zeitschrift *Commentary*, auf einer Versammlung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin. Er war damit der erste amerikanisch-jüdische Intellektuelle der Nachkriegszeit, der vor einem deutschen Forum über die deutsch-jüdischen Beziehungen sprach. Er rief die religiösen, politischen, akademischen und kulturellen Eliten dazu auf, ihren Ansatz zu hinterfragen und den deutsch-jüdischen Dialog von Neuem aufzunehmen.

Das AJC hielt den Dialog mit christlichen PartnerInnen aufrecht und sandte im Jahr 1954 den Direktor für Community Relations S. Andhil Fineberg für sechs Wochen in die Bundesrepublik. Die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Holocaust, der er allerorts begegnete, enttäuschte ihn. Er berichtete, dass „die Christen, die gegenüber einer Synagoge in Deutschland lebten, offenbar am Abend des 9. November 1938, als jede Synagoge in Deutschland angezündet wurde, nicht zu Hause waren. Die meisten Deutschen waren anscheinend verreist, als ihre jüdischen NachbarInnen verschwanden. Auch sahen sie keine Gruppen verängstigter Menschen, die im Morgengrauen in Erwartung ihrer Deportation an den Bahnhöfen zusammenkauerten“.

Das AJC schlägt „Operation Candle“ und Entschädigungszahlungen vor

IM JAHR 1950 VERÖFFENTLICHTE der AJC-Sonderausschuss zu Deutschland den Bericht „The New Threat from Germany“ (Die neue Gefahr aus Deutschland), in dem der Ausschuss vor den sich mehrenden Anzeichen einer erstarkenden Nazi-Bewegung warnte und Sorge darüber zum Ausdruck brachte, dass ehemalige Nazis in Regierungsstellen berufen wurden. Im Laufe der folgenden drei Jahre sammelte das AJC weiter Daten zu neuen ultranationalistischen Parteien in der Bundesrepublik sowie zu ihrer Zusammenarbeit mit Neonazi-Gruppierungen im Ausland.

1951 veröffentlichte das AJC eine bahnbrechende politische Stellungnahme. Obgleich es darin die verhaltene deutsche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Naziregimes vehement kritisierte, lehnte das AJC das Konzept einer deutschen Kollektivschuld ab und riet an ihrer Stelle zu politischen Maßnahmen, die zu einer Demokratisierung führen könnten. In der Stellungnahme rief es die Vereinigten Staaten und die anderen alliierten Mächte dazu auf, ihre Reeducation-Programme zu intensivieren und die Bundesrepublik dazu anzuhalten, ihre Verpflichtung zu demokratischen Werten durch konkrete Schritte zu untermauern. Damals war das AJC die *erste* und *einzige* internationale jüdische Organisation, die willens war, an der Zukunft Deutschlands mitzuwirken, eine Position, die Jahrzehnte später während der Wiedervereinigung erneut an Relevanz gewinnen sollte.

Die außerordentlich positiven Reaktionen auf diese Stellungnahme durch RegierungsbeamtenInnen in den USA und der Bundesrepublik spornten das AJC dazu an, in Absprache mit entsprechenden Stellen in beiden Ländern, die „Operation Candle“ (Operation Kerze) anzuregen, verschiedene pro-demokratische und Menschenrechtsprogramme, die auf den Erfahrungen des AJC bei der Bekämpfung des nationalsozialistisch geprägten Antisemitismus in den Vereinigten Staaten beruhten. Der Titel ist angelehnt an einen Ausspruch von Konfuzius: „Es ist besser eine Kerze anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen.“

Das AJC schlug die Bildung einer nationalen Institution vor, die zu Menschenrechtsfragen und Intergruppenbeziehungen arbeiten und damit die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik bündeln sollte. Die Schaffung der Institution sollte im Rahmen einer Nationalen Konferenz zu Menschenrechten und Intergruppenbeziehungen erfolgen. Das AJC bot an, Reisen von Deutschen in die Vereinigten Staaten zu finanzieren, damit diese mehr über Intergruppenbeziehungen lernen könnten. Zudem war Bildungsmaterial angedacht, mit dem ein besseres Verständnis des Judentums und jüdischer Beiträge zu Gesellschaft und Kultur vermittelt werden sollte. Der US-Hochkommissar in Deutschland John McCloy sowie weitere BeamtInnen unterstützten die Idee und richteten zu diesem Zweck einen kleinen MitarbeiterInnenstab ein. Leider waren die US-Besatzungsbehörden nicht willens, die für eine umfassende Implementierung erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen. Das AJC förderte weiter das jüdische Leben in der Bundesrepublik, wo mehr als 20.000 jüdische Überlebende lebten. Im September 1951 besuchten Professor Herman A. Gray, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses beim AJC, und Zachariah Schuster, der Leiter des europäischen AJC-Büros



Zachariah Schuster, Leiter des europäischen AJC-Büros in Paris, besuchte regelmäßig die Bundesrepublik

„Das AJC war die erste jüdische Organisation, die nach dem Holocaust Kontakt zur Bundesrepublik gesucht hat. Und das AJC ist heute noch ein wichtiger Partner für Deutschland – sowohl beim Dialog mit der jüdischen Gemeinschaft in den USA als auch in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen.“

– Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin

in Paris, mehrere Städte in der Bundesrepublik. Dabei kamen sie mit führenden Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinschaft zusammen und nahmen an Sitzungen des Zentralrats der Juden in Deutschland teil.

Im Jahr 1954 veröffentlichte der Ehrenvorsitzende des AJC Jacob Blaustein einen offenen Brief, in dem er der Gemeinschaft die Unterstützung durch das AJC zusicherte und sagte: „Ich bete zu Gott, dass Ihr aus den Tragödien der Vergangenheit die Kraft gewinnen könnt, hoffnungsfroh in die Zukunft zu schauen, im Wissen, dass wir Euch nicht vergessen haben.“ Entschädigungsleistungen für die Überlebenden des Holocaust und ihre Familien durch die Bundesrepublik war ein großes Thema. Und für jüdische Organisationen waren sie eine heikle Angelegenheit, da viele Deutschland als „ewig verdammt“ ansahen und die Annahme einer Entschädigung als eine mögliche Absolution hätte gedeutet werden können. Die zunehmenden Spannungen mit der Sowjetunion und der Ausbruch des Koreakrieges boten eine Gelegenheit, sich dieser Frage anzunehmen. Da die Vereinigten Staaten Westdeutschland als möglichen Aktivposten bei der Verteidigung Europas vor dem sowjetischen Expansionismus betrachteten, unterstrich das AJC die moralische Anerkennung der Verbrechen sowie Wiedergutmachung und die Zahlung von Entschädigungen an ihre Opfer als Preis einer Wiedereingliederung der Bundesrepublik ins westliche Bündnis.

In diesem Sinne diente die AJC-Erklärung von 1951, wonach die Versöhnung mit der Bundesrepublik an Entschädigungszahlungen gekoppelt werden sollte, als Grundlage einer tragfähigen Lösung für die Entschädigung einzelner Holocaustüberlebender sowie Zahlungen an den israelischen Staat. Darüber hinaus drängte der AJC-Ehrenvorsitzende

Jacob Blaustein Präsident Harry Truman, Hochkommissar McCloy und andere Mitarbeiter des US-Außenministeriums dazu, in Sachen Entschädigungen mehr Druck auf die Bundesrepublik auszuüben.

Als einen ersten Schritt half Blaustein dabei, die 22-köpfige Conference of Jewish Material Claims Against Germany einzurichten, deren leitender Vizepräsident er wurde und die die jüdischen Opfer des Naziregimes bei den Verhandlungen mit der Bundesrepublik vertreten konnte. Anschließend stand er der Claims Conference und der bundesdeutschen Regierung beiseite, um eine Vereinbarung über die Zahlung von knapp einer Milliarde US-Dollar zu vermitteln. Auf seiner Jahresversammlung vom 27. Januar 1952 erachtete das AJC die Vereinbarung als „ersten Schritt hin zur deutschen Übernahme der moralischen und rechtlichen Verantwortung für die beispiellosen Verbrechen, die das Naziregime im Namen des gesamten deutschen Volkes verübte“.

Bildung gegen Antisemitismus in Westdeutschland

EIN AJC-KORRESPONDENT in der Bundesrepublik war Eric Warburg, Mitglied der berühmten Bankiersfamilie Warburg, der in Hamburg geboren wurde und dann 1938 vor den Nazis in die USA geflohen war. Nach seiner Rückkehr nach Hamburg im Jahr 1956 war er Mitgründer der Atlantik-Brücke, einer prestigeträchtigen transatlantischen Organisation, sowie des American Council on Germany. Warburg blieb Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des AJC und fungierte als Medienbeobachter, der das AJC auf antisemitische Artikel aufmerksam machte.

Am 11. Mai 1956 appellierte der AJC-Vorstand an die westdeutsche Regierung, zügig Maßnahmen gegen die rasche Zunahme an antisemitischen Vorfällen zu ergreifen, darunter die steigende Beliebtheit der antisemitischen Fälschung der *Protokolle der Weisen von Zion*. Dazu schrieb der Vorstand: „In dieser angespannten Atmosphäre kann der augenfällige Anstieg an antidemokratischer und antisemitischer Propaganda eine ernste Bedrohung für die Moral und Stabilität Westdeutschlands darstellen.“ Während sich deutsche RegierungsbeamtInnen über den Antisemitismus betroffen zeigten, gaben Meinungsumfragen Anlass zu großer Sorge. Eine von der US-Regierung im Jahr 1957 durchgeführte Umfrage zeigte beispielsweise, dass 39 Prozent der Bundesdeutschen als „eindeutig antisemitisch“ und weitere 29 Prozent als „bedingt antisemitisch“ einzustufen wurden. Das AJC wandte sich an Bundespräsident Theodor Heuss, an Kanzler Konrad Adenauer und an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (SPD) Erich Ollenhauer, um diese auf die erneute Zunahme an verbalen Übergriffen gegen jüdische Menschen, gelegentliche soziale Ausschlüsse, erneute Schändungen von Gräbern und Synagogen sowie auf antisemitische Propaganda aus arabischen und osteuropäischen Quellen hinzuweisen.

Im Sommer 1958 befanden der leitende Vizepräsident des AJC John Slawson und der Leiter des europäischen Büros Zachariah Schuster, die zu Besuch in der Bundesrepublik waren, dass Schulen nicht nur über unzureichende Lehrpläne im Bereich der Sozialkunde verfügten und zu wenig



Executive Vice President des AJC
John Slawson (r) und Max Horkheimer (l)

für die Förderung eines bürgerschaftlichen Sinns taten, sondern darüber hinaus auch einen Großteil der zeitgenössischen Geschichte ignorierten, Textbücher die Verbrechen der Nazis verharmlosten und unter Eltern und Lehrpersonal nationalsozialistisches Gedankengut grassierte.

Um seine Bedenken weiter zu untermauern, veröffentlichte das AJC 1959 einen Bericht mit dem Titel „The German Dilemma: On Antisemitism and ultra-nationalism in Germany“ (Das deutsche Dilemma: Über Antisemitismus und Ultrationalismus in Deutschland). Im Oktober desselben Jahres nahm AJC-Ehrevorsitzender Irving M. Engel an der Bad-Godesberg-Konferenz teil, die von der Atlantik-Brücke gemeinsam mit dem American Council on Germany ausgerichtet wurde. In seiner Rede unterstrich Engel die Bedeutung enger transatlantischer Beziehungen und betonte noch einmal, wie wichtig es sei, das deutsche Bildungssystem umfassend zu reformieren, um Demokratie und bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Nach der Konferenz kamen Schuster und Engel mit Kanzler Adenauer zusammen, um diesem nochmals die AJC-Empfehlungen nahezu legen. Diese Besuche in der Bundesrepublik führten dazu, dass das AJC seinen Fokus noch stärker auf eine Erziehung zur Demokratie legte. Das kontinuierliche Engagement des AJC in Sachen Schulbildung wurde ausdrücklich von der Kultusministerkonferenz gewürdigt, dem Koordinierungsgremium der BildungsministerInnen aller Bundesländer. Der Generalsekretär der Konferenz Kurt Frey lobte später die Vorschläge des AJC zu Fragen der Jugend und Bildung und betonte, dass das AJC „sich der Komplexität des Problems, wie antidemokratische Einstellungen der jüngeren Generation auch auf innerster Ebene zu bekämpfen sind, vollständig bewusst“ sei. Er informierte das AJC später darüber, dass die Vorschläge bei den Tagungen der Schulkommission vorgestellt worden waren.

Zusätzliche Dringlichkeit erfuhr der Kampf gegen Antisemitismus nach einer Reihe alarmierender Vorfälle in der Bundesrepublik, beginnend mit der Schändung der Kölner Synagoge am ersten Weihnachtsfeiertag 1959. Im darauffolgenden Monat kam es in der Bundesrepublik zu 450 weiteren Vorfällen. Im Juni 1960 traf sich das AJC erneut mit Kanzler Adenauer, um diesem gegenüber die große Besorgnis des AJC angesichts des wiedererstarkenden Neonazismus und Antisemitismus zum Ausdruck zu bringen.

Um Schulen dabei zu unterstützen, demokratischere Strukturen und Unterrichtsmethoden zu entwickeln, startete das AJC 1960 ein Bildungsprogramm, bei dem jedes Jahr prominente ErzieherInnen aus der

Bundesrepublik eine dreiwöchige Bildungsreise in die USA unternahmen. Im Rahmen des Programms sollten sie mehr über das demokratische Klima an amerikanischen Schulen erfahren, mit dem Lehrpersonal in Kontakt kommen und sowohl die Situation in den Klassenräumen als auch bei der LehrerInnenfortbildung kennenlernen.

Das Programm wurde von Dr. Max Horkheimer entwickelt und geleitet, der vor dem Krieg Direktor des prestigeträchtigen Instituts für Sozialforschung an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main gewesen war. Im US-amerikanischen Exil gründete er 1944 die Forschungsabteilung des AJC. Am Programm, das zu verschiedenen Zeitpunkten von der New World Foundation, der Ford Foundation, der Kulturabteilung des bundesdeutschen Außenministeriums, dem Bundesstaat Hessen und weiteren deutschen Stiftungen finanziert wurde, nahmen in mehr als 10 Jahren insgesamt 127 Personen teil. Horkheimer organisierte Folgeprogramme für Alumni, um die Anpassung und die Übernahme US-amerikanischer Konzepte an deutschen Schulen zu fördern. Fehlende Finanzmittel führten 1971 aber schließlich zur Aufgabe des Programms.

Die Reform von Oberammergau

SEIT SEINEN ANFÄNGEN, war das AJC über den Effekt von Passionsspielen besorgt gewesen, die – basierend auf antisemitischen Klischees – jüdische Menschen als blutrünstig, rachsüchtig und teuflisch darstellen. Das größte und älteste dieser Passionsspiele wird seit dem 17. Jahrhundert im bayrischen Oberammergau aufgeführt. Doch selbst nach dem Holocaust und der „Nostra aetate“-Erklärung der katholischen Kirche, in der man Jüdinnen und Juden von der Verantwortung am Tod von Jesus „freigesprochen“ hatte, wurden jüdische Menschen in Oberammergau weiterhin als dämonische ChristusmörderInnen dargestellt.

In den 1950er Jahren begann sich das AJC dafür einzusetzen, antisemitische Elemente aus den Aufführungen zu entfernen. 1968 wurde der AJC-Direktor für Interreligiöse Angelegenheiten Rabbi Marc Tanenbaum von westdeutschen Behörden und kirchlichen FunktionsträgerInnen gebeten, Vorschläge für Änderungen am Textbuch der anstehenden Passionsspiele von 1970 zu machen. Seine Empfehlungen wurden jedoch ignoriert, weshalb das AJC zu einem Boykott der Aufführung von 1970 aufrief. Es gab zudem eine Studie heraus mit dem Titel „Oberammergau 1960 and 1970: A Study in Religious Antisemitism“ (Oberammergau 1960 und 1970: Eine Studie zu religiösem Antisemitismus).

Eine AJC-Delegation reiste 1977 in die Bundesrepublik, um Offiziellen der katholischen Kirche vorzuschlagen, das kirchliche Verständnis von Jüdinnen und Juden und Judentum und wie sich dieses Bild in den Passionsspielen niederschlägt, systematisch zu untersuchen. Infolge dieser Gespräche wurde am 17. November 1978 ein Symposium organisiert, das vom AJC und der in München ansässigen Katholischen Akademie in Bayern gemeinsam finanziert wurde. Mehr als 400 Personen nahmen dichtgedrängt an der Veranstaltung teil, unter ihnen WissenschaftlerInnen, TheologInnen, Lehrkräfte, religiöse und staatliche FunktionsträgerInnen, führende Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft sowie eine große Delegation aus Oberammergau. Rabbi Tanenbaum referierte dort über „Die Rolle des Passionsspiels bei der Förderung des Antisemitismus im

Laufe der Geschichte“. Während ihres Aufenthaltes besuchte die AJC-Delegation auch Oberammergau, wo VertreterInnen der Stadt sie dazu einluden, im darauffolgenden Jahr für eine Reihe von Vorträgen zur jüdischen Perspektive auf die Passionsspiele zurückzukehren. Der stattfindende Dialog hatte auf die Aufführung von 1980 jedoch nur wenig Auswirkungen. Nach einer Begutachtung des Passionsspiels erklärte Rabbi Tanenbaum Oberammergau zur „internationalen Hauptstadt für die Verbreitung einiger der schlimmsten Formen des dämonisch-religiösen Antisemitismus in der heutigen Welt“. Seinem Nachfolger beim AJC Rabbi A. James Rudin gelang es mit Hilfe weiterer jüdischer PartnerInnen Änderungen an der Aufführung von 1990 zu bewirken. Dazu gehörte, dass der Tod von Christus eher in die Verantwortung des römischen Präfekts Pilatus fiel und beim Bühnenaufbau und den Kostümen weniger jüdische Stereotype zum Tragen kamen. Bei der Aufführung im Jahr 2000 wurde zudem die jüdische Identität von Jesus stärker betont.



Alle 10 Jahre: Die Passionsspiele in Oberammergau

Einer der Nachfolger von Rabbi Rudin beim AJC Rabbi Noam Marans setzte den Dialog mit den ProduzentInnen der Passionsspiele in Oberammergau fort, regte einen interreligiösen akademischen Beirat an, mit dem sich diese regelmäßig zusammensetzen konnten, und lud die ProduzentInnen in die USA und nach Israel ein, um manche historisch fragwürdige Passagen zu überdenken. Im Jahr 2019 richtete das AJC eine Website ein, um Oberammergau im Kontext der christlich-jüdischen Beziehungen zu erklären. Obgleich Differenzen bleiben, ist die Streichung vieler antisemitischer Elemente aus dem Textbuch ein Beleg für das Engagement des AJC für einen langfristigen interreligiösen Dialog und eine entsprechende Zusammenarbeit.

Austauschprogramme als Form kultureller Diplomatie

IM LAUFE DER 1970ER JAHRE verstärkte das AJC mit Unterstützung durch westdeutsche DiplomatInnen seine Bemühungen um den deutsch-amerikanisch-jüdischen Dialog. Die der CDU nahestehende Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) war die erste bundesdeutsche Organisation, die die Chance ergriff. Verhandlungen zwischen beiden Organisationen führten zur Schaffung eines beeindruckenden jährlichen Austauschprogramms, dem ersten dieser Art zwischen einer amerikanisch-jüdischen Organisation und einer deutschen Nichtregierungsorganisation. Auch heute, 40 Jahre später, setzt sich diese Zusammenarbeit mit unverminderter Energie und Wirkungskraft fort.

Neben mehr als 400 deutschen MeinungsführerInnen, PolitikerInnen, AkademikerInnen und Führungskräften aus der Wirtschaft haben an diesem bahnbrechenden Programm auch über 400 *Lay Leaders* des AJC teilgenommen, die aus unterschiedlichsten Berufssparten und Städten der USA stammten. Jede Organisation fungiert als Gastgeberin für die jeweilige Partnerdelegation und organisiert ein Intensivseminar in verschiedenen Städten. Im Fokus stehen das jüdische Leben, die historische Erinnerung und aktuelle politische Themen. Die TeilnehmerInnen treffen auf hochrangige PolitikerInnen und RegierungsbeamtInnen sowie auf PolitikanalytInnen, DiplomatInnen, JournalistInnen und Führungskräfte jüdischer Organisationen. Alumni beschreiben das Programm als „lebensverändernde Erfahrung“.

Zu Beginn des Programms gab es auf beiden Seiten viele Unsicherheiten darüber, wie und ob die heikelsten Themen in den deutsch-jüdischen Beziehungen angesprochen werden sollten, etwa der Holocaust, die Rolle Israels, der politische Einfluss amerikanisch-jüdischer Organisationen, die Behandlung von Jüdinnen und Juden und AusländerInnen durch die Bundesrepublik sowie die deutsche Teilung. Die Offenherzigkeit unserer PartnerInnen bei der Adenauer-Stiftung ebenso wie die tiefgehenden persönlichen Kontakte, die aus dem Programm hervorgingen, sorgten jedoch dafür, dass dieses zu einem Meilenstein in den neuen

deutsch-jüdischen Beziehungen der Nachkriegszeit wurde.

„Die Kooperation zwischen dem AJC und der Konrad-Adenauer-Stiftung war von immenser Bedeutung dafür, das Schweigen zu brechen, das Deutsche und Juden voneinander getrennt hielt. Das AJC nahm bei der Wiederaufnahme des Dialogs und der Aussöhnung mit Deutschland eine Vorreiterrolle ein“, so die Historikerin Prof. Beate Neuss von der Universität Chemnitz, die zu den frühesten deutschen TeilnehmerInnen des Programms zählte.

Die warmherzigen Beziehungen, die aus dem Programm hervorgingen, ermutigten AJC und KAS zur Ausrichtung einer Reihe von hochrangigen Konferenzen zu politischen Fragen, einschließlich der Themen Außenpolitik (1996), Migration und Einbürgerung (1997) sowie Politik, Medien und Erinnerung (1998). Im Jahr 2005 organisierten beide Organisationen eine gemeinsame Feier zum 25. Jubiläum in Berlin. Angela Merkel, die zu dem Zeitpunkt inmitten ihrer Wahlkampagne war und später Bundeskanzlerin werden sollte, hielt eine Rede. Seitdem richten beide Organisationen gemeinsame Konferenzen zu den transatlantischen Beziehungen sowie zur Terrorabwehr aus.

Im Laufe von vier Jahrzehnten konnte das *Leadership Exchange Program* von AJC und Konrad-Adenauer-Stiftung eindrücklich belegen, welche Vorteile eine Atmosphäre der Offenheit und der Aufrichtigkeit, die es ermöglicht oder gar fördert, emotionsgeladene Themen zu besprechen, für den deutsch-jüdischen Dialog nach dem Holocaust bietet. Wie der CEO des AJC David Harris anmerkte: „Es ist ein Versuch sicherzustellen, dass die Lehren, die wir über den gefährlichen Pfad des Antisemitismus und religiöse Intoleranz gezogen haben, im Gedächtnis bleiben. Es geht darum, der Zukunft mit gemeinsamen Zielen und dem Streben nach Gerechtigkeit entgegenzublicken.“

“This program was one of many elements intended to further consolidate German democracy, which is founded on human rights and committed to protecting freedom.”

— Angela Merkel, German Chancellor, on the 30th anniversary of AJC-Konrad Adenauer Foundation Exchange program.

Der Einsatz des AJC für eine Diplomatie durch persönlichen Austausch führte auch zu einer engen Partnerschaft mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die der SPD nahesteht. Im Jahr 1983 starteten beide Organisationen eine Reihe gemeinsamer Programme, die Reisen von AJC-Mitgliedern in die Bundesrepublik und von SPD-Mitgliedern in die USA umfassten, wo diese mehr über aktuelle politische Themen sowie über das jüdische Leben in den USA erfuhren. 1998 richteten beide Organisationen die erste vieler jährlicher Konferenzen in Berlin aus, die sich mit Fragen der transatlantischen Beziehungen und des Nahen Ostens beschäftigte. An der Konferenz nahmen Menschen aus den USA, Deutschland, Osteuropa und Israel teil.

Angesichts der Besorgnis über den zunehmenden Antisemitismus in Europa richteten das Berliner AJC-Büro und die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2009 gemeinsam das European Forum on Antisemitism ein. Bei den jährlichen Treffen in Berlin erhielten führende VertreterInnen von jüdischen Gemeinschaften aus mehr als 20 europäischen Ländern, die Gelegenheit, sich zu vernetzen und Themen zu besprechen, unter anderem zu Sicherheit, Antisemitismus, den Beziehungen zu Regierungsstellen, Nationalismus und Populismus.

Aktivitäten im Osten

NEBEN DEN BEZIEHUNGEN zu Westdeutschland, war das AJC auch über die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) besorgt. Nach dem Krieg gab es dort nur noch ganz wenige jüdische Gemeinschaften, und nach den von der Sowjetunion angeregten antisemitischen Kampagnen Anfang der 1950er Jahre flohen Hunderte jüdischer Menschen in den Westen. Die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft in der DDR sank auf unter Tausend, wovon nur ein Bruchteil aktiv am jüdischen Leben partizipierte. 1983 schrieb das AJC Geschichte, als es als erste amerikanisch-jüdische Organisation eine Delegation in die DDR entsandte, die mit VertreterInnen des ostdeutschen Staates sowie mit führenden Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinschaft zu Gesprächen zusammenkam. Im Anschluss sorgte der Leiter des Community Services Department des AJC dafür, dass die Gemeinschaft Gebetsbücher und andere religiöse Gegenstände erhielt. Er arrangierte auch, dass deutschsprachige Rabbis aus den Vereinigten Staaten an den hohen Feiertagen 1984 und 1985 Gottesdienste in Ost-Berlin abhielten. Nicht zuletzt brachte er die ostdeutsche Regierung dazu, einem US-amerikanischen Rabbi zu erlauben, mehrere Monate lang Gottesdienste für die lokale Gemeinschaft zu leiten.

Nach dem Zerfall des Ostblocks in den Jahren 1989 bis 1991 begann das AJC, die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa wiederherzustellen, die während der kommunistischen Zeit vom Westen abgeschnitten gewesen waren. In dieser Zeit ergriff auch die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung die Gelegenheit, Büros in Mittel- und Osteuropa zu eröffnen, um dem Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft in der Region Vorschub zu leisten. Beide Organisationen erkannten das gemeinsame Interesse an einer Förderung der Demokratie und eines besseren Verständnisses zwischen gesellschaftlichen Gruppen – ein Verständnis, das einer neuen Generation politischer Führungskräfte in den jungen Demokratien in Europa als Grundlage dienen sollte.

1992 richteten das AJC und die Naumann-Stiftung ein jährliches

Programm mit dem Titel „Promoting Tolerance in Central and Eastern Europe“ ein. Es bot jungen politischen Führungskräften aus der Region Einführungsseminare in Europa, gefolgt von einer umfassenden Studienreise in die Vereinigten Staaten, wo sie Strategien erlernen sollten, um Vorurteile abzubauen und Diversität sowie Pluralismus zu fördern. Dabei kamen die TeilnehmerInnen mit unterschiedlichsten ethnischen und Minderheitengruppen in Kontakt, konnten das Bild von Minderheiten in der Gesellschaft beobachten und lernen, wie diese ihre Identität bewahrten und mittels Interessengruppen politische Lobbyarbeit betrieben. Das heute „Advancing Democracy“ betitelte Programm hat bereits mehrere Hundert Alumni, die führende Rollen in mittel- und osteuropäischen Ländern übernommen haben, einschließlich Positionen in Regierungskabinetten. Mit dem erworbenen Wissen um die Bekämpfung von Intoleranz und Hass und um die Stärkung der Rechte von Minderheiten sind diese Alumni heute im politischen Betrieb, in Medien sowie in der Zivilgesellschaft aktiv.

Die „Bitburg-Affäre“ und ihre Auswirkungen

UNGEACHTET SEINER OPTIMISTISCHEN Sicht auf Deutschlands Zukunft beharrte das AJC stets darauf, dass sich das Land von den Nazis und ihren Verbrechen distanziert. Die AJC-Führung war besorgt, dass bald ablaufende Verjährungsfristen dazu führen könnten, dass NaziverbrecherInnen einer juristischen Verfolgung entgehen. Um das zu verhindern, führte AJC-Präsident Richard Maass 1979 eine AJC-Delegation in die Bundesrepublik an, die Kanzler Helmut Schmidt und seine Regierung davon überzeugte, die Verjährungsfristen für die Verfolgung von Morden, die während des Holocausts begangen wurden, aufzuheben.

Eine der einschneidendsten AJC-Interventionen im Nachkriegsdeutschland geschah anlässlich des für den 5. Mai 1985 geplanten Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan und Kanzler Helmut Kohl auf dem Soldatenfriedhof Bitburg-Kolmeshöhe im Südwesten der Bundesrepublik. Kanzler Kohl hatte den US-Präsidenten eingeladen, ihn beim Gedenken zum 40. Jahrestag der Kapitulation des Dritten Reichs zu begleiten und dabei der deutschen Soldaten zu gedenken, die im Zweiten Weltkrieg gefallen waren. Der Kanzler hatte das Gefühl, dass dieser gemeinsame Besuch ein wichtiges Symbol für den Aussöhnungsprozess sein könnte und das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik stärken würde.

Als jedoch bekannt wurde, dass dort auch mindestens 49 Mitglieder einer berüchtigten SS-Wacheinheit begraben lagen, verabschiedeten sowohl das Abgeordnetenhaus als auch der Senat in den USA Resolutionen, in denen der Präsident aufgefordert wurde, den Besuch abzusagen. Doch Reagan ließ sich weder von den Resolutionen, einer persönlichen Bitte des berühmten Holocaust-Überlebenden Elie Wiesel, von Demonstrationen jüdischer Organisationen oder von Briefen zahlreicher ethnischer und religiöser Gruppen umstimmen. Da das AJC die jüdische Organisation war, die am stärksten im ständigen Dialog mit deutschen MeinungsführerInnen stand, fanden Kommentare von AJC-Führungskräften und MitarbeiterInnen sehr großen Widerhall in den Medien. Das AJC bemühte sich auf höchster

Ebene sowohl im Weißen Haus, als auch im Kanzleramt um eine Absage des Besuchs. AJC-Präsident Howard Friedman und der stellvertretende Leiter William Trosten pendelten wiederholt zwischen Bonn, New York und Washington. Am 29. April 1985 traf sich Präsidentenberater Michael Deaver im Weißen Haus mit AJC-Führungskräften und hochrangigen MitarbeiterInnen. Sogar Präsident Reagan sprach kurz zur Delegation. Deaver informierte das AJC darüber, dass der Besuch verkürzt werden und es keine Grabrede des Präsidenten geben würde. Auf Vorschlag des AJC besuchten Präsident Reagan und Kanzler Kohl zudem die Grabstätte von Kanzler Adenauer, wo Reagan auch über Adenauers tief empfundenes Schamgefühl in Bezug auf den Holocaust und dessen Unterstützung für den Staat Israel sprach. Die beiden Führungskräfte des AJC besuchten auch das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen, wo sie mehr Zeit verbrachten als angedacht und Präsident Reagan eine hochemotionale Rede hielt. Die anhaltenden Differenzen zwischen beiden Seiten der amerikanisch-jüdisch-deutschen Beziehungen, die sich in der Bitburg-Affäre offenbarten, animierten das AJC dazu, der Frage näher auf den Grund zu gehen. Zu diesem Zweck initiierte es erneut eine Zusammenarbeit mit der Atlantikbrücke. Im Laufe des nächsten Jahrzehnts boten beide Organisationen führenden Fachleuten aus den Vereinigten Staaten und Deutschland immer wieder die Gelegenheit, sich auszutauschen und die sich verändernden Aspekte der amerikanisch-jüdisch-deutschen Beziehungen zu erforschen.

Im November 1987 veranstalteten beide Organisationen eine gemeinsame Konferenz in der Bundesrepublik unter dem Titel „American Jews and the Federal Republic of Germany: Problems and Opportunities“ (Amerikanische Jüdinnen und Juden und die Bundesrepublik Deutschland: Probleme und Chancen). Ziel war es, den Bitburg-Prozess Revue passieren zu lassen, Kontroversen zum Holocaust-Gedenken auszuräumen und Stereotype zu besprechen, die die deutsch-jüdischen Beziehungen beeinträchtigten. Auf nachfolgenden Konferenzen ging es um „Addressing Current Concerns in Germany and in German-American Relations“ (Besprechung aktueller Fragen in Deutschland sowie bei den deutsch-amerikanischen Beziehungen) sowie „Current Concerns in American-Jewish-German-Israeli Relations“ (Aktuelle Problemfelder in den amerikanisch-jüdisch-deutsch-israelischen Beziehungen).

Zum 50. Jahrestag der Befreiung von Buchenwald trafen sich

VertreterInnen von AJC und Atlantikbrücke im ostdeutschen Freiberg, um die Zukunft des Holocaust-Gedenkens, die Zunahme von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit im post-kommunistischen Europa sowie die Aussichten und Herausforderungen für den arabisch-israelischen Friedensprozess zu erörtern. In Jerusalem gab es 1996 eine Konferenz zu „Developments in German-Jewish Relations“ (Entwicklungen in den deutsch-jüdischen Beziehungen), und im darauffolgenden Jahr fand in Berlin eine Veranstaltung zum Thema „The Jewish Dimension in German-American Relations: Perceptions and Realities“ (Die jüdische Komponente in den deutsch-jüdischen Beziehungen: Wahrnehmung und Realität) statt, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland mitorganisiert wurde. Im Jahr 2003 schließlich traf sich der Vorstand des AJC-Direktoriums in Berlin mit Mitgliedern des Vorstands der Atlantikbrücke, um den Stand der transatlantischen Beziehungen zu besprechen. Erst kürzlich, im Jahr 2017, sprach der CEO des AJC David Harris vor Führungskräften der Atlantikbrücke in Berlin zum Thema „Transatlantic Relations, Antisemitism, and the Fight against Terror“ (Transatlantische Beziehungen, Antisemitismus und der Kampf gegen den Terror).

Der Einsatz des AJC für die deutsche Wiedervereinigung und die Eröffnung des Büros in Berlin

EIN WICHTIGER MEILENSTEIN in der Beziehung des AJC zu Deutschland kam mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, der dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa vorausging. Das Ende des Sowjet-Imperiums eröffnete die Chance für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten, eine Entwicklung, die in der jüdischen Welt (und darüber hinaus) mit Sorge betrachtet wurde. Neben dem Schreckensgespenst eines erneut mächtigen deutschen Staates in der Mitte Europas galt es auch zu bedenken, dass dessen ostdeutsche Hälfte – als sie noch unter kommunistischer Herrschaft stand – noch keine Verantwortung für den Holocaust übernommen hatte, den Überlebenden Entschädigungszahlungen verweigerte, keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielt und offensiv antizionistische politische Maßnahmen verfolgte, einschließlich der Unterstützung von Terrorgruppen. Das AJC, das die Entwicklung mit einer Mischung aus Unruhe und Hoffnung betrachtete, wurde nichtsdestotrotz zur ersten jüdischen Organisation, die sich für die deutsche Wiedervereinigung aussprach. In der AJC-Erklärung zur Wiedervereinigung, dem „Statement on German Unity“ vom 17. Mai 1990, widmet sich David Harris, dessen Eltern den Holocaust überlebt hatten, bestimmten Zukunftsfragen, allerdings aus einer recht optimistischen Perspektive.

Darin heißt es: „Wird das Ende der deutschen Teilung auch zum Ende der historischen Erinnerung an die Nazizeit und der nicht bezifferbaren Tragödie und Zerstörung führen, die diese mit sich brachte? Wird der 9. November, der Jahrestag der Reichspogromnacht, nunmehr vollständig von einem anderen 9. November überlagert werden, dem Jahrestag der ersten Löcher in der Berliner Mauer? Wird ein vereinigtes Deutschland wieder mit den Säbeln rasseln und seine Nachbarn angreifen, wie es das allein in diesem Jahrhundert bereits zwei Mal getan hat?“ Dessen ungeachtet lobte die AJC-Verlautbarung das Ende des Kommunismus in Ostdeutschland, da schließlich „Demokratie und Menschenwürde“ über „Angst, Repression und Planwirtschaft“ gesiegt hatten.

Mit der zunehmenden Relevanz des Austauschs des AJC mit Deutschland wurde eine neue und verstärkte Koordinierungsstruktur für die steigende Zahl an Programmen nötig. Dank der Großzügigkeit eines Paares aus Los Angeles konnte 1993 das Lawrence and Lee Ramer Center for German-Jewish Relations als zentrale Anlaufstelle für das AJC-Engagement mit Deutschland errichtet werden. Zunächst wurde das Büro durch Personal geleitet, das in Washington, D.C., ansässig war. Doch das sollte sich bald ändern.

Im Jahr 1994 fragte David Squire, *AJC Lay Leader* aus Boston, den CEO des AJC David Harris ob das AJC an der Eröffnung eines Büros in Berlin interessiert sei. Harris war von der Idee begeistert. Es handelte sich um ein Gebäude am Leipziger Platz, einst schillernde Adresse im östlichen Teil der Stadt, vor dem Krieg die befahrenste Straßenkreuzung und die meist frequentierte Ausgehmeile in Europa. Zum damaligen Zeitpunkt war das Grundstück im Besitz der angesehenen deutsch-jüdischen Mosse-Familie, die es nach dem Fall der Berliner Mauer zurückerhalten hatte. Die Familie verkaufte das Grundstück an einen Bauunternehmer unter der Bedingung, dass das neue Gebäude einem Ort jüdischer Begegnung Platz bieten würde. Der in Boston ansässige Architekt für das Gebäude, ein Mitglied der Mosse-Familie, setzte sich mit dem ebenfalls aus Boston stammenden Anwalt Squire in Verbindung, der sofort das Potenzial eines AJC-Büros in Berlin erkannte – die amerikanisch-jüdische Organisation mit den umfassendsten und langlebigsten Verbindungen nach Deutschland sowie zur deutsch-jüdischen Gemeinschaft. Damit konnte sich das Lawrence and Lee Ramer Center for German-Jewish Relations permanent an dieser Adresse niederlassen. Zudem widmete AJC-Führungskraft Dottie Bennett, deren Familie aus Nazi-Deutschland geflohen war, dem Berliner AJC-Büro das „Hans Adler Library and Conference Center“ als lebendiges Denkmal an ihren Vater, während AJC-Führungskraft Daniel Spiegel dem Büro in Gedenken an seine Mutter das „Mitzi Spiegel Executive Office“ widmete.

Trotz der langen Geschichte der Zusammenarbeit mit Deutschland waren beileibe nicht alle Mitglieder des AJC von der Idee begeistert, gerade einmal 50 Jahre nach dem Holocaust im Herzen des wiedervereinigten Deutschlands ein Büro zu eröffnen. Harris und weitere Mitglieder der Leitungsebene führten umfassende Gespräche mit unentschiedenen AJC-Mitgliedern, während der Leiter der Community Affairs-Abteilung Eugene DuBow, der verschiedene Projekte des AJC in Deutschland begleitet hatte,

mehr als ein Dutzend Regionalbüros des AJC besuchte, um mögliche Bedenken auszuräumen und den Vorschlag zu besprechen.

Die wegweisende Entscheidung, ein Büro in Berlin zu eröffnen, war auch ein starker Vertrauensbeweis. Man erkannte an, dass das erst vor Kurzem wiedervereinigte Deutschland wichtige Schritte unternahm, um Sühne für seine Vergangenheit zu leisten, und dass es mittels verantwortungsvoller Zusammenarbeit und Führungsstärke zur Wiedervereinigung Europas beitrug. In Vorbereitung der Eröffnung hielt das AJC 1997 eine Konferenz zum Thema „Die jüdische Dimension in den deutsch-amerikanischen Beziehungen – Wahrnehmungen und Realitäten“ ab. Anwesend waren neben PolitikerInnen auch JournalistInnen, AkademikerInnen und bekannte Intellektuelle, sowohl aus der jüdischen Gemeinschaft als auch außerhalb davon. Beim Konferenz-Dinner gab es eine Präsentation durch den deutschen Außenminister Klaus Kinkel.

Die offizielle Eröffnung des Berliner AJC-Büros fand im Rahmen eines Galaabends am 8. Februar 1998 im eleganten Berliner Adlon-Hotel statt, im Beisein von mehr als 100 AJC-Führungskräften und MitarbeiterInnen aus den gesamten Vereinigten Staaten sowie etwa 400 hochrangigen deutschen BeamtInnen, einschließlich des Außenministers Klaus Kinkel, DiplomatenInnen und JournalistInnen. Nach vierjähriger Planung war die Nachfrage nach Einladungen enorm und bereits im Vorfeld war in der Presse zu lesen, dass das Event als bemerkenswertes Zeichen für das amerikanisch-jüdische Vertrauen in die heutige deutsche Demokratie zu werten sei. Die Eröffnung fand breite Beachtung in deutschen und internationalen Medien.

Außenminister Kinkel merkte bei der Gala an, dass das AJC zu seinen Wurzeln zurückkehrte, da es ja ursprünglich von deutschstämmigen Jüdinnen und Juden gegründet worden war. Außerdem sagte er voraus, dass es angesichts seiner Pionierarbeit zum deutsch-jüdischen Dialog eine wichtige Brückenfunktion übernehmen werde. „Das AJC-Büro in Berlin fügt den engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat und Volk Israels einen weiteren wichtigen Strang hinzu“, sagte er.

„Das American Jewish Committee hat dem deutsch-jüdischen Dialog den Weg geebnet.“

— Klaus Kinkel, deutscher Außenminister (1992–1998)



CEO des AJC David Harris, der deutsche Außenminister Klaus Kinkel und AJC-Präsident Robert Rifkind bei der Eröffnungsgala für das Berliner AJC-Büro im Februar 1998

Beim Gala-Dinner ergriff David Harris die Gelegenheit, die Bemühungen des AJC seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 nachzuzeichnen, die darauf ausgerichtet waren, am Gedeihen jüdischen Lebens und der deutsch-jüdischen Beziehungen teilzuhaben. „Von Jahr zu Jahr“, so Harris, „vertiefte und erweiterte sich dieser Kontakt. Auf diese Weise konnten wir die bemerkenswerten Veränderungen, die sich in den vergangenen 50 Jahren hier vollzogen haben, besser verstehen. Wir wissen um die überragende Bedeutung der starken Bande, die – in einer seltsamen und überraschenden historischen Volte, Ironie des Schicksals sozusagen – jetzt Deutsche und Jüdinnen und Juden für alle Zeiten unzertrennlich miteinander verbinden.“

Unter der Leitung von Gründungsdirektor Eugene DuBow sollte das neue Berliner AJC-Büro verschiedene Ziele verfolgen: die Entwicklungen

von Extremismus und Antisemitismus beobachten; sicherstellen, dass die historische Erinnerung weiter in richtiger und angemessener Weise gepflegt wird; die Wiederbelebung des jüdischen Lebens unterstützen; die Bindungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten und Israel stärken; und als Partner des deutschen Staates in Fragen der transatlantischen Sicherheit und der Demokratie fungieren.

Dieses Vorhaben wurde mit großem Interesse aufgenommen. Mehr als 300 Artikel über das Event wurden in Deutschland und weltweit veröffentlicht. Das AJC Berlin wurde schnell zu einer bekannten Adresse in der deutschen Hauptstadt und erarbeitete sich einen Ruf als ehrliche und offene Stimme in der Debatte um den Nahen Osten sowie zu den transatlantischen Beziehungen. Im Januar 2000 übernahm Deidre Berger, frühere Korrespondentin des National Public Radio (NPR), die Leitung des Büros. Gründungsdirektor DuBow kehrte danach regelmäßig nach Deutschland zurück, um AJC-Projekte und Austauschprogramme zu begleiten.

„Mit besondere Freude erfüllt es mich zu wissen, dass das Geflecht der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch neue Institutionen in Deutschland erweitert worden ist... Das American Jewish Committee hat sein Büro in Berlin eröffnet; es ist gut zu wissen, dass diese angesehene Organisation nun in der deutschen Hauptstadt präsent ist.“

— Helmut Kohl, deutscher Kanzler (1982–1998)

Eine besondere Beziehung zur Bundeswehr

EINE GRUPPE DEUTSCHER JugendoffizierInnen fragte 1994 das AJC an, dessen Hauptquartier in New York besuchen zu dürfen, um mehr über das amerikanisch-jüdische Leben zu erfahren. Damit begann eine bemerkenswerte Partnerschaft zwischen BundeswehroffizierInnen und Führungskräften sowie MitarbeiterInnen des AJC. Sie waren überzeugt, dass die Bundeswehr – als Spiegelbild der Gesellschaft und zentrale Institution in Deutschland – eine essenzielle Rolle bei der Wahrung von Demokratie und der transatlantischen Sicherheit im Land spielen könne.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gab es einen kontinuierlichen Austausch zu Fragen der transatlantischen Sicherheit und jüdischen Lebens bei Besuchen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland. 1995, zum 50. Jahrestag des Sieges über Nazideutschland, lud die Bundeswehr den CEO des AJC David Harris zu einer Rundreise ein. In sechs deutschen Städten erhielt er Gelegenheit, vor Hunderten von SchülerInnen und ArmeedoffizierInnen zu sprechen.

Der Austausch führte auch zu einer konkreten Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Hilfe. Im Jahr 1999 hatten Menschen aus dem überwiegend muslimisch geprägten Kosovo aufgrund der vom Serben Slobodan Milošević verfügten ethnischen Säuberung nach Nord-Mazedonien fliehen müssen. Dort waren sie in einem Zeltlager untergekommen, das die Bundeswehr errichtet hatte und von der deutschen Sektion des Johanniterordens verwaltet wurde. Das AJC, das die Menschen mit dringend benötigten Medikamenten und medizinischer Ausrüstung versorgen wollte, aber nicht in der Lage war, diese Güter nach Mazedonien zu transportieren, vereinbarte mit der Bundeswehr, diese Güter zu den Lagern zu fliegen. Dieses Gemeinschaftsprojekt war ein beeindruckendes Symbol für eine zuvor unvorstellbare Zusammenarbeit zwischen jüdischen und christlichen Organisationen, die mit Unterstützung der deutschen Luftwaffe muslimischen Geflüchteten in Europa halfen. David Harris, auf den die Idee zu dieser Kooperation zurückging, erklärte: „Wenn diese Art der Zusammenarbeit 50 Jahre nach dem Holocaust möglich ist, dann wird alles möglich.“

Im Rahmen von Bildungsseminaren, die seit 1999 von der Führungsakademie der Bundeswehr organisiert wurden, besuchten mehrere Tausend BerufsoffizierInnen aus allen Bereichen der Bundeswehr, unter ihnen besonders viele JugendoffizierInnen, das AJC-Hauptquartier in New York, um intensive und offenherzige Gespräche mit David Harris und anderen AJC-MitarbeiterInnen und *Lay Leaders* zu führen. Das AJC ist auf beiden Seiten des Atlantiks in regelmäßigem Kontakt mit der im Bundesministerium für Verteidigung angesiedelten Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Diese bietet Sicherheitsfachkräften der mittleren Stufen in staatlichen und privaten Institutionen Fortbildungen in Sicherheitsfragen. Harris sprach häufig an der Führungsakademie der Bundeswehr zu BerufsoffizierInnen der mittleren und oberen Stufen und er hielt auch Vorträge an den Hochschulen der Bundeswehr, der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und der Universität der Bundeswehr in München.

Des Weiteren war das AJC Berlin häufig Gastgeber für BundeswehroffizierInnen und Deidre Berger, bis 2019 Leiterin des Berliner AJC-Büros, hat sowohl an der Sanitätsakademie der Bundeswehr sowie am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz Vorträge gehalten. Das AJC Berlin hat den Austausch mit OffizierInnen der Bundeswehr auch in vieler seiner anderen Austauschprogramme und in seine allgemeine Programmarbeit integriert.

„Die Bundeswehr sieht das AJC als wichtige Bereicherung für unsere Offiziere. Wir würden diese Partnerschaft nicht missen wollen.“

— Peter Struck, deutscher Verteidigungsminister (2002-2005)

Obgleich amerikanische Jüdinnen und Juden den regelmäßigen Austausch zwischen AJC und BundeswehroffizierInnen anfangs kritisch sahen, führten ein anhaltender Dialog und der sich verstärkende Kontakt so weit, dass BundeswehroffizierInnen in Uniform Jahresversammlungen des AJC besuchen konnten. Ironischerweise war es das AJC, das BundeswehroffizierInnen dazu drängte, bei einem Besuch des Holocaust-Gedenkmuseums der Vereinigten Staaten in Washington D.C. ihre Uniformen anzubehalten, um mit dieser Geste einerseits zu signalisieren, dass sie die Verantwortung ihres Landes für den Holocaust anerkannten, und andererseits, dass die Bundesrepublik entschlossen war,



Bundeswehroffiziere mit dem
CEO des AJC, David Harris

die Demokratie zu verteidigen. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Zusammenarbeit und in Anerkennung der Bedeutung dieser einzigartigen Partnerschaft zwischen einer amerikanisch-jüdischen Organisation und der Bundeswehr, verlieh Verteidigungsminister Peter Struck bei einem Festakt in Berlin im Jahr 2004 dem CEO des AJC David Harris das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold. In seiner Rede dankte Minister Struck Harris mit den Worten: „Sie stellten sicher, dass gemeinsame Interessen gefördert und vertieft wurden. Auf diese Weise trugen Sie dazu bei, Vorbehalte zu zerstreuen, die bis dahin weiter gegen die Bundeswehr bestanden.“ In seiner Antwort merkte Harris an: „Unsere gemeinsamen Werte entstammen den Grundbausteinen unserer jeweiligen Gesellschaften: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen. Die Säulen, auf denen diese kostbare Verbindung gleichgesinnter Nationen ruht, was natürlich auch Israel miteinschließt, dürfen nie ins Wanken geraten.“

Zum 15. Jahrestag der Partnerschaft im Jahr 2009 unterzeichneten Harris und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg eine historische Vereinbarung zur Intensivierung der Beziehungen „durch die Einweihung einer jährlichen Mission einer Bundeswehr-Delegation zu Regionen, die sich für ein besseres Verständnis der jüdisch-deutsch-amerikanischen Geschichte und Kultur eignen“. Seitdem haben BundeswehroffizierInnen an intensiven jährlichen Studienreisen zum jüdischen Leben sowie zu den amerikanisch-deutsch-israelischen Beziehungen sowohl in Deutschland als auch in Israel teilgenommen.

Die jüdische Gemeinschaft und andere Minderheiten

MENSCHEN MIT TÜRKISCHEM HINTERGRUND stellen heute die größte Minderheit in Deutschland – ein Status, den vor dem Holocaust Jüdinnen und Juden innehatten. Ausgehend von seiner Überzeugung, dass Allianzen zwischen Minderheiten zur Resilienz von Demokratien beitragen, hat das AJC besonders starke Bindungen mit diesen aufgebaut.

Nach dem Fall der Mauer kam es zu einem Ausbruch gewaltsamer und zuweilen sogar tödlicher rechtsextremer Angriffe auf Menschen, die als ausländisch wahrgenommen wurden. Bei einem besonders tragischen Vorfall setzten am 29. Mai 1993 vier junge Rechtsextreme das Haus einer türkischen Familie im nordrhein-westfälischen Solingen in Brand. Fünf Frauen und Kinder kamen bei den Flammen ums Leben, weitere Familienmitglieder erlitten schwere Verletzungen. Dieser Brandanschlag erschütterte das Land – Bundespräsident Roman Herzog hielt auf der Trauerfeier in einer Kölner Moschee eine Rede für die fünf Opfer. Der CEO des AJC David Harris und Eugene DuBow, Leiter der Abteilung für „Community Affairs“, flogen von New York aus nach Deutschland, um an der Trauerfeier teilzunehmen und damit die Solidarität des AJC mit der türkischsprachigen Gemeinschaft in Deutschland zu bezeugen.

Im Jahr 1999 wurden in der Nähe der türkischen Stadt Adapazarı durch ein verheerendes Erdbeben mehr als 17.000 Menschen getötet, mindestens 45.000 weitere Personen wurden verletzt, 500.000 verloren ihr Zuhause. Das Berliner AJC-Büro bemühte sich umgehend um Katastrophenhilfe durch die internationale israelische Entwicklungsorganisation Mashav, die ein provisorisches Dorf für Betroffene errichtete, zu dem auch eine vom AJC gestiftete Schule gehörte. Gemeinsam mit den israelischen und türkischen Premierministern nahmen der CEO des AJC Harris und die Leiterin des Berliner Büros Berger an der feierlichen Eröffnung des Dorfes teil. Harris war einer der Hauptredner auf dem Event. Das AJC Berlin nahm auch mit türkischen Organisationen in Deutschland Kontakt auf und bekundete sein Beileid mit den vielen Familienmitgliedern der Erdbebenopfer, die im Land leben. Darüber hinaus tätigte das AJC eine Spende an den

Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg für die Katastrophenhilfe in der Türkei.

Dies markierte den Anfang einer nachhaltigen Beziehung, die dazu dienen sollte, die jüdisch-muslimische Beziehung in Deutschland zu stärken. Im Sommer 2001 leiteten Harris und der AJC-Präsident Harold Tanner den ersten amerikanisch-jüdisch-türkischen runden Tisch, an dem PolitikerInnen, Führungspersönlichkeiten türkischer Organisationen, AkademikerInnen und SozialarbeiterInnen teilnahmen. Harris betonte, dass „die Arbeit erst dann abgeschlossen ist, wenn dieses Land sicher für alle Menschen ist, seien sie Jüdinnen und Juden, TürkInnen oder neue MigrantInnen“. Auf die Gespräche folgten regelmäßige runde Tische mit führenden Persönlichkeiten der deutsch-türkischen Gemeinschaft, immer wenn AJC-Führungskräfte zu Besuch in Berlin waren. Diese Beziehung erklärt auch, dass das AJC und seine türkischen PartnerInnen umgehend auf die terroristischen Angriffe reagierten, die 2003 auf eine jüdische Synagoge und die britische Botschaft in Istanbul verübt wurden. Über Nacht organisierte das AJC Berlin einen ökumenischen Gottesdienst in der Synagoge an der Oranienburger Straße in Berlin. Jüdische, christliche und muslimische WürdenträgerInnen nahmen daran teil und hielten in Gedenken an alle Opfer brennende Kerzen in den Händen. Im selben Jahr startete das AJC Berlin seinen langlebigen türkisch-jüdischen runden Tisch junger Fachkräfte, bei dem es – von religiös kontroversen Fragen bis hin zu politischen Themen – um unterschiedlichste Fragestellungen ging und auf dem die Entwicklungen in der Türkei und in Israel aus deutscher Perspektive beleuchtet wurden. Viele der TeilnehmerInnen haben darüber hinaus aktiv zu anderen AJC-Programmen und -Events beigetragen, etwa zur Ausrichtung jüdischer Festtage oder zu den Abendessen zum Fastenbrechen anlässlich des Ramadans. Das AJC lud auch verschiedene muslimische Gruppen aus Politik, Bildung, Kultur und Wissenschaft zu Studienreisen nach Israel ein. Die wachsenden Verbindungen zwischen dem AJC und Deutschen türkischer Herkunft führte auch zur Etablierung des „Politischen Salons“, einem alle zwei Monate stattfindenden Kamingsgespräch mit prominenten Mitgliedern von Minderheiten in Deutschland, einschließlich bekannter Personen aus dem Kultur- und Politikbetrieb. Diese Veranstaltungen, die Cem Özdemir, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen, sowie die AJC-VertreterInnen Sergey Lagodinsky (mittlerweile Mitglied des Europäischen Parlaments) und Deidre Berger gemeinsam organisierten, wurden immer

wieder von RegierungsbeamtInnen und Bundestagsabgeordneten aufgegriffen. Es entstanden lebhafte Debatten, die regelmäßig zu gemeinsam verfassten Artikeln führten.

Als das Bundeskanzleramt 2006 begann, mögliche Wege zur Überwindung von Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu erörtern, richtete das AJC ein paralleles „NGO Integration Forum“ ein, das bei regelmäßigen Treffen Empfehlungen für die Bundesregierung verfasste, damit lokale Minderheitsverbände ein größeres Gewicht in bundesweiten Debatten erhielten. Mit dem Aufruf „Migrant and Minority Organizations Call for a New ‚We‘ in Germany“ (Migrantische und Minderheitenorganisationen fordern ein neues ‚Wir‘ in Deutschland) unterstrichen VertreterInnen von zwei Dutzend Mitgliedsverbänden des Forums die Bedeutung einer Aufhebung der Trennung zwischen „wir“ und „sie“ in der deutschen Gesellschaft, um endlich eine gleichberechtigte und faire Mitbestimmung zu erreichen.

In enger Zusammenarbeit mit der US-Botschaft bemühte sich das AJC Berlin um einen Kontakt zu muslimischen Menschen und den vielfältigen in Deutschland vertretenen Ethnien. 2008 veranstaltete das AJC Berlin gemeinsam mit der Botschaft einen religionsübergreifenden Sederabend zum Passahfest an der Residenz des US-Botschafters William Timken und begründete damit eine Tradition, die auch von nachfolgenden BotschafterInnen weitergeführt wurde. 2011 finanzierten das Berliner Büro und die US-Botschaft ein gemeinsames „Thanksgiving Diversity Breakfast“ (Erntedankfrühstück der Diversität), das von US-Botschafter Phil Murphy und der Leiterin des Berliner AJC-Büros Deidre Berger ausgerichtet wurde.

Unter den vielen MigrantInnen, die nach Deutschland kamen, befanden sich auch JesidInnen aus dem Nordirak, Überlebende des versuchten Genozids durch den Islamischen Staat (IS). Das Schicksal dieser uralten Minderheit, deren Religion auf Elementen des Zoroastrismus, des Islams, des Christentums und des Judentums basiert, berührte viele Menschen in der jüdischen Welt. Mehrere Veranstaltungen, die von den Büros in New York und Berlin organisiert wurden, sorgten dafür, dass ihrer Notlage mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Zum ersten Jahrestag der IS-Invasion auf die angestammte Heimat der JesidInnen arbeitete das AJC Berlin 2015 mit der jesidisch geführten NGO HÁWAR.help zusammen. Nadia Murad, eine Überlebende, die 2018 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, sowie die Gründerin von HÁWAR.help Düzen Tekkal sprachen auf der bewegenden

Zeremonie. 2019 startete das AJC sein Projekt „3i: Immigration, Integration, Identität“ rund um die Verbindungen zwischen Migration, Integration und Identität, besonders in Frankreich und Deutschland, den beiden europäischen Ländern mit den größten muslimischen Gemeinschaften. Auf Konferenzen in Berlin und Paris debattierten RegierungsbeamtInnen mit AkademikerInnen, VertreterInnen von NGOs und JournalistInnen über Erfolge und Misserfolge von Integrationspolitiken sowie über die Sorge über eine zunehmende „De-Integration“ junger EuropäerInnen mit migrantischem Hintergrund, die mit ihren verschiedenen Identitäten zu kämpfen haben. Die Versammelten kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es die europäische Einheit bedrohen könnte, wenn es Regierungen in liberalen Gesellschaften nicht gelingen sollte, Minderheiten effizienter zu integrieren.

Im Jahr 2013 wurde der „AJC Berlin Ramer Award for Courage in the Defense of Democracy“ (AJC Berlin Ramer-Preis für Courage bei der Verteidigung der Demokratie) eingeführt, mit dem außergewöhnliche Menschen aus der Zivilgesellschaft ausgezeichnet werden, die ihr Leben bei der Verteidigung demokratischer Rechte und Werte aufs Spiel setzen. Bis dato erhielten folgende Personen den Preis: Ahmad Mansour (2013), Psychologe und Experte für den islamischen Extremismus; die Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtsaktivistin Marielise Beck (2016); die Journalistin, Filmproduzentin und deutsch-jesidische Aktivistin Düzen Tekkal (2017); Professor Dr. Jan Kizilhan, der deutsch-jesidische Gründungsdekan des Institute for Psychotherapy and Psychotraumatology an der Universität Dohuk im Nordirak (2017); sowie der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir (2018), ein führender Experte zu Menschenrechts- und Integrationsfragen.

Die vergessenen Holocaust-Überlebenden

IN OSTEUROPA, wo es aufgrund des Kalten Krieges unmöglich gewesen war, eine Entschädigung zu erhalten, lebten Holocaust-Überlebende, die noch keine Entschädigungsleistungen von Deutschland erhalten hatten. Doch nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kommunismus eröffneten sich neue Möglichkeiten, diese Menschen bei der Einforderung solcher Leistungen zu unterstützen. Das AJC trug maßgeblich dazu bei, dass diese „doppelten Opfer“ – also osteuropäische Holocaust-Überlebende, die Deutschland in der Entschädigungsfrage nicht berücksichtigt hatte, obwohl auch sie im Kommunismus unter Antisemitismus gelitten hatten – nun Entschädigungsleistungen erhielten.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes drängte das AJC die Bundesregierung im Rahmen einer Kampagne dazu, den inzwischen stark gealterten Hinterbliebenen unabhängig von ihrem Wohnort eine Pension zu zahlen. Das AJC führte zuerst Gespräche mit einzelnen RegierungsvertreterInnen. Als diese private Diplomatie jedoch keinen Erfolg zeitigte, startete das AJC eine öffentliche Kampagne. In einem von 82 US-SenatorInnen unterzeichneten offenen Brief wurde Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, sich der Not dieser vergessenen Überlebenden anzunehmen. Nachdem mehrfach darüber berichtet worden war, dass Deutschland Pensionen an SS-Veteranen in Osteuropa zahlte, schaltete das AJC in der *New York Times* eine Anzeige, auf der Fotos eines Holocaust-Überlebenden und eines ehemaligen lettischen SS-Mitglieds zu sehen waren. Die Überschrift lautete: „Raten Sie mal, wer eine Kriegsofferrente der deutschen Regierung erhält?“ Das Medienecho war immens und die daraus resultierende öffentliche Empörung veranlasste die Bundesregierung, die Verhandlungen mit der Claims Conference wieder aufzunehmen. Die Bemühungen des AJC hatten Erfolg: Im Januar 1998 kündigte die Bundesregierung einen Fonds in Höhe von 110 Millionen US-Dollar an, aus dem mehr als 20.000 Holocaust-Überlebende, die im ehemaligen Sowjetblock lebten, Mittel erhalten sollten. „Erst als das American Jewish Committee mit seiner gezielten Kampagne [zur Entschädigung osteuropäischer Holocaust-Überlebender] an die Öffentlichkeit ging, gab es Fortschritte“, schrieb die *Washington Post*.

Guess Which One Receives a War Victims Pension from the German Government.



Survivor of a Nazi Ghetto in Eastern Europe



Veteran of the Latvian Legionnaires
and the Waffen-SS

If you guessed the survivor, you're wrong, sad to say. While Holocaust survivors in other parts of the world are eligible to receive German pensions, Holocaust survivors in Eastern Europe and the former Soviet Union have never received a pension of any kind from Bonn. Inexplicably, the German government has simply drawn the line at providing such direct assistance to this group of survivors.

Not so, however, for many of the survivors' former tormentors. Believe it or not, the German government provides generous monthly pensions to Nazi war veterans, whose injuries or even mild, chronic ailments qualify them for "war victims pensions."

In the U.S. alone, there are 3,377 pensions sent each month to veterans

of the armies of the Third Reich or their dependents!

After the fall of communism, many Waffen-SS veterans in the Baltic states and elsewhere in Eastern Europe discovered they, too, were eligible and are now receiving such pensions from Germany, while their victims are not.

Today, an estimated 15,000-20,000 Jewish survivors of ghettos and concentration camps live in Eastern Europe and the former Soviet Union. They are old, many are in poor health and financially destitute. Surely, they deserve some help and comfort in the last years of their lives.

Join our call to the German government to correct this grievous wrong. Bring justice to the real victims of the Holocaust. Contact us to see how you can help.



The American Jewish Committee

Robert S. Rifkind
President

David A. Harris
Executive Director

165 East 56th Street, New York, New York 10022
(212) 751-4000, ext. 271

Visit our web site at www.ajc.org

Eine weitere Gruppe von Opfern bestand aus ehemaligen NS-SklavInnen bzw. ZwangsarbeiterInnen, die trotz entschlossener Bemühungen mehrerer Bundestagsabgeordneter keine Entschädigung erhalten hatten. In den USA hatten Überlebende und ihre Nachkommen Klage gegen einzelne Unternehmen eingereicht, womit diese unter Druck gesetzt wurden, Ausgleichszahlungen zu leisten. Das AJC organisierte zahlreiche persönliche Treffen, auf denen VertreterInnen der US-amerikanischen und der deutschen Regierung zu einer Einigung über Entschädigungsleistungen gelangen sollten. Da viele Überlebende bereits ein hohes Alter erreicht hatten, blieb nicht mehr viel Zeit. Doch konnten die meisten von ihnen die geleistete Zwangsarbeit nicht angemessen dokumentieren und nur sehr wenige hatten Zugang zu den umfassenden Archiven des Internationalen Roten Kreuzes. Als Lösung wurde ein zentraler Entschädigungsfonds geschaffen, an dem sich die Bundesregierung zu gleichen Teilen beteiligte wie Unternehmen, die in der Zeit des Nationalsozialismus Sklaven- und Zwangsarbeit eingesetzt hatten. Im Gegenzug erhielten diese Unternehmen Rechtssicherheit, d. h. sie mussten keine Klagen vor US-Gerichten mehr fürchten.

Doch nur wenige Unternehmen wollten ihr Ansehen in der Öffentlichkeit durch das Eingeständnis gefährden, dass sie früher SklavInnen und ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hatten. Daher beteiligten sich viele nicht an dem Fonds. Bis zum Sommer 1999 hatte sich nur eine kleine Zahl deutscher Unternehmen bereit erklärt, in den Fonds einzuzahlen. Das AJC Berlin unter der Leitung von Deidre Berger appellierte in einem Schreiben an die Vorstandsvorsitzenden von mehr als 100 großen deutschen Unternehmen, dem Entschädigungsfonds beizutreten, und veröffentlichte eine Anzeige in der *New York Times*, in der es den bereits beigetretenen Unternehmen dankte und die anderen aufforderte, es ihnen gleichzutun. Das AJC Berlin war sich bewusst, dass diese Maßnahme nicht ausreichte, und veröffentlichte am 10. Dezember 1999 eine umfassende Liste von mehr als 250 deutschen Unternehmen, die Sklaven- oder Zwangsarbeit eingesetzt hatten, und im darauffolgenden Monat die Namen von mehr als 100 in Berlin ansässigen Unternehmen. Zwei große deutsche Tageszeitungen, der *Tagesspiegel* und die *TAZ*, veröffentlichten die Liste und rückten das Thema damit in den Blickpunkt nationaler und internationaler Medien. Eine Woche später unterzeichneten US-amerikanische und deutsche VerhandlungsführerInnen ein Abkommen, mit dem ein 10-Milliarden-Euro-Fonds zur Entschädigung

von mehreren Millionen ehemaligen SklavInnen und ZwangsarbeiterInnen eingerichtet wurde. Der Deutsche Bundestag ratifizierte das Abkommen und richtete zu seiner Umsetzung die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ein. Ein kleiner Teil des Geldes war für einen dauerhaften Bildungsfonds bestimmt. Das AJC berief gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und anderen NGOs eine Tagung unter dem Titel „Die Zukunft des Zukunftsfonds“ ein. Auf der Konferenz kamen hochrangige DiplomatInnen und RegierungsbeamtInnen, Führungskräfte von Unternehmen, AkademikerInnen sowie VertreterInnen von NGOs und jüdischen Gemeinschaften zusammen, um gemeinsam festzulegen, wie der Bildungsfonds funktionieren sollte. Aus dem Engagement des AJC ging eine Partnerschaft mit der in Deutschland ansässigen multinationalen Versicherungsgesellschaft Allianz hervor. Diese war eine der Organisationen, die die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit dem Ziel gegründet hatten, Zahlungen an ehemalige NS-SklavInnen und ZwangsarbeiterInnen zu leisten. Im Jahr 2010 riefen das AJC und die Allianz-Stiftung gemeinsam mit der Initiative Germany Close Up das jährlich stattfindende Programm Third Generation Initiative ins Leben, um 20 amerikanisch-jüdischen und deutschen jungen Berufstätigen die Möglichkeit zu geben, eine Woche lang gemeinsam in Deutschland zu verbringen, die Vergangenheit zu reflektieren und aktuelle Angelegenheiten aus Deutschland, den USA und Israel zu diskutieren. Das Programm besteht auch heute noch. Das Auswärtige Amt ist zuletzt als Partner eingestiegen. Die TeilnehmerInnen treffen PolitikerInnen und DiplomatInnen, besuchen Holocaust-Gedenkstätten, erfahren mehr über die Unternehmensgeschichte, lernen Mitglieder der lebendigen jüdischen Gemeinschaft Berlins kennen und diskutieren mit StudentInnen vor Ort. Nach der Rückkehr in ihre Heimat übernehmen viele der TeilnehmerInnen auf Seiten des AJC zusätzliche Führungsrollen in der Organisation und viele deutsche TeilnehmerInnen – darunter junge Menschen, die in verschiedenen Abteilungen der Allianz tätig sind – arbeiten zu deutsch-jüdischen Themen.

Den Holocaust in Erinnerung behalten

IM JAHR 2009 richtete das AJC Berlin zusammen mit der französischen Botschaft eine Veranstaltung mit dem in Paris lebenden katholischen Priester Patrick Desbois aus, der die Holocaust-Massengräber in der Ukraine untersucht hatte und zuvor vom AJC geehrt worden war. In der Ukraine hatten unter der Nazi-Herrschaft eingesetzte Tötungskommandos schätzungsweise 1,5 Millionen ortsansässige jüdische Menschen erschossen. Nicht einmal ein Drittel der etwa 2.000 Grabstätten waren gekennzeichnet; die meisten waren verwahrlost. Anlässlich des Besuchs von Patrick Desbois und inspiriert von der Arbeit seiner Organisation „Yahad in Unum“ schlug das AJC der Bundesregierung vor, ein Programm zur Pflege dieser Grabstätten einzurichten. Nachdem die Regierung zugestimmt hatte, entwickelte das AJC Berlin in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt das Pilotprojekt „Protecting Memory“, in dessen Rahmen in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Geistlichen an fünf der Grabstätten in der Westukraine Gedenkstätten errichtet wurden. Des Weiteren erhielten LehrerInnen und SchülerInnen die Gelegenheit, mehr über das lokale jüdische Erbe ihrer Städte und die Folgen des Holocausts zu erfahren. Ziel des Projekts war es auch, Standards und Richtlinien für ähnliche Stätten festzulegen, damit einzelne Gemeinschaften und lokale Organisationen solche Projekte später selbst durchführen konnten.

Um dieses Projekt umzusetzen und abzuschließen, führte das AJC in Absprache mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. verschiedene internationale PartnerInnen zusammen: die Organisation Yahad-in Unum von Priester Desbois mit Sitz in Paris, die in London ansässige Europäische Rabbinerkonferenz, das Komitee für die Erhaltung jüdischer Friedhöfe in Europa, das Ukrainische Zentrum für Holocaust-Studien mit Sitz in Kiew und das Ukrainische Jüdische Komitee. Außerdem gab es einen Beirat aus führenden HistorikerInnen und Fachleuten im Bereich der Gedenkstätten. Im Juni 2015 weihte das AJC zusammen mit rund 80 Mitgliedern und FreundInnen der internationalen Partnerorganisationen

die fünf Stätten in Rava-Ruska, Kyslyn, Ostrozhets, Prokhid und Bakhiv ein. Die Aufmerksamkeit, die das AJC mit diesem Projekt dem Thema verschaffte, brachte das Auswärtige Amt dazu, eine zweite Phase unter der Leitung der in Berlin ansässigen Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas einzuleiten. Im Jahr 2019 wurden 12 weitere Gedenkstätten an Holocaust-Massengräbern in der Zentralukraine eingeweiht, drei weitere an Orten für Opfer der Roma und Romnja.

Mit Bildung gegen Antisemitismus nach der Wiedervereinigung

DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG ging auf unheilvolle Weise mit einem Anstieg rechtsextremer und antisemitischer Tendenzen einher, die vom AJC genau beobachtet wurden. 1990 gab das AJC beim in Deutschland ansässigen Emnid-Institut und US-amerikanischen D3 Systems eine Umfrage in Auftrag, die erstmals seit dem Mauerfall systematisch die Einstellung der Deutschen gegenüber jüdischen Menschen und Israel sowie ihrer Erinnerung an den Holocaust untersuchen sollte. Die Umfrage ergab, dass sich 58 Prozent der Deutschen entweder intensiv (30 Prozent) oder mehr oder weniger stark (28 Prozent) wünschten, die Erinnerung an den Holocaust hinter sich zu lassen; 39 Prozent glaubten, dass Jüdinnen und Juden den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzten; 38 Prozent stimmten der Aussage zu, dass jüdische Menschen zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen ausübten; 52 Prozent stimmten zu, dass Israel keinen besonderen Anspruch gegenüber Deutschland habe und ein Staat wie jeder andere sei; und 38 Prozent setzten Zionismus mit Rassismus gleich. Eine zweite vom AJC vier Jahre später in Auftrag gegebene Emnid-Studie kam zu dem Ergebnis, dass mehr als 20 Prozent der Deutschen Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden hegten; 20 Prozent waren der Meinung, Jüdinnen und Juden würden die deutsche Gesellschaft zu stark beeinflussen und 31 Prozent sagten aus, sie würden weltweit zu viel Einfluss ausüben. Das AJC suchte nach Wegen, Ressentiments gegenüber jüdischen Menschen und anderen Minderheiten durch Bildung entgegenzuwirken. Im Jahr 2001 rief das AJC Berlin das Tolerance Education Network (TEN) ins Leben, in dem führende BildungsexpertInnen aus verschiedenen Teilen Deutschlands zusammenkamen, um ihre Erfahrungen mit Präventionsprogrammen gegen Vorurteile auszutauschen, die Forschung im Bereich der Erziehung zur Demokratie zu stärken und die Zusammenarbeit mit wichtigen Regierungsinstitutionen zur Unterstützung solcher Programme zu verbessern. Das Netzwerk, das in Zusammenarbeit mit dem in Berlin ansässigen Institut für Vergleichende Geschichtswissenschaften eingerichtet wurde, erhielt auch Anregungen

vom AJC-Büro in Chicago, das sich ebenfalls mit Bildungsarbeit gegen Vorurteile beschäftigt hatte.

Im darauffolgenden Jahr richtete das AJC Berlin in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Fritz Bauer Institut und dem Anne Frank Zentrum ein zweimonatliches Forum mit dem Namen Taskforce Education on Antisemitism ein, in dem LehrerInnen miteinander diskutieren können, wie sie auf antisemitische Vorfälle an deutschen Schulen reagieren sollten. Es ist auch heute noch eine der wichtigsten Beratungs- und Informationsquellen zu pädagogischen Ansätzen im Umgang mit Antisemitismus unter jungen Menschen. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages würdigte die Taskforce in seinem Bericht 2011 als herausragendes Beispiel für den Kampf gegen Antisemitismus durch die Zivilgesellschaft. In den Jahren 2002/03 – mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung – untersuchte das AJC, ob das Unterrichtsmaterial über den Holocaust an deutschen Schulen für seine Zwecke geeignet ist. Das AJC Berlin gab bei der Bildungsabteilung der Universität Frankfurt am Main eine qualitative Pilotstudie in Auftrag, die an mehreren Frankfurter Schulen durchgeführt wurde. Sie untersuchte, welche Informationen über den Holocaust auf welche Weise vermittelt wurden, wieviel Inhalt die SchülerInnen tatsächlich behielten und wie sich die Aufklärungsarbeit über den Holocaust auf eine zunehmend multikulturelle SchülerInnenschaft auswirkte. Die Universität zog die Studie, die erhebliche Lücken im Lehrplan und in den Lehrmethoden aufdeckte, als Grundlage für eine akademische Konferenz zur Aufklärung über den Holocaust heran.

Während eines Besuchs in New York im Jahr 1999 bat Bundeskanzler Gerhard Schröder das AJC – alarmiert über den weit verbreiteten Hass gegen Minderheiten in seinem Land –, das erfolgreiche demokratiepädagogische Grundwerte-Curriculum „Hands Across the Campus“, das PädagogInnen 1980 für das AJC in Los Angeles entwickelt hatten, mit den Bildungsministerien der Länder zu teilen. Es zielte darauf ab, das Verständnis für Geschichte und aktuelle Ereignisse zu fördern, die Achtung der Menschenrechte zu steigern und SchülerInnen darin zu unterstützen, eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen. Nachdem die Bundeszentrale für politische Bildung und die Universität Paderborn in Zusammenarbeit mit dem AJC den Lehrplan an den deutschen Kontext angepasst hatten, wurde 2003 in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und mit finanzieller



Das an Berliner und Brandenburger Schulen verwendete „Hands for Kids“-Curriculum, 10. Dezember 2010

Unterstützung der Ford Foundation eine deutsche Version für Gymnasien in Berlin eingeführt. Weitere PartnerInnen waren die Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. und die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. Das Programm erfreute sich so großer Beliebtheit, dass 2010 mit „Hands for Kids“ eine Grundschulversion herauskam, die es Kindern ermöglicht, mit Gleichaltrigen unterschiedlicher Herkunft gemeinsame Werte zu ermitteln. Parallel zur Einführung des „Hands“-Curriculums durch die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg fanden jährliche Fortbildungsprogramme für LehrerInnen statt, in deren Rahmen bisher Lehrkräfte an mehreren hundert Schulen in den beiden Bundesländern auf die Anwendung des Lehrplans vorbereitet wurden. Das Land Berlin empfiehlt den Einsatz von „Hands Across the Campus“, um Grundkompetenzen demokratischen Denkens zu vermitteln und sieht darin eine der wichtigsten pädagogischen Säulen zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Das AJC arbeitete auch mit der Berliner Landesregierung bei der Erstellung von Unterrichtsmaterial zur Prävention von Antisemitismus zusammen. Im Jahr 2010 starteten die beiden PartnerInnen das Bildungsprojekt „Aktiv gegen Antisemitismus“. Es richtet sich an Schulen mit SchülerInnen unterschiedlichen Hintergrunds und vermittelt grundlegende Informationen über Judentum, Islam, Radikalisierung und Antisemitismus. Im darauffolgenden Jahr erhielt das AJC Berlin eine mehrjährige Förderung der Bundesregierung, wodurch verschiedene BildungsexpertInnen zusammenkamen und das Grundwerte-Curriculum „Fit machen für Demokratie – Aktiv gegen Antisemitismus“ erstellten. Dieses innovative Programm, das sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund richtet, basiert auf Vor-Ort-Evaluationen des Unterrichts an Schulen und Jugendzentren und wurde in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft der Berliner Landesregierung, dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und der RAA (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.) entwickelt. Das Lehrprogramm enthält Materialien zum jüdischen Leben, Informationen über Jugendliche und HelferInnen während des Holocaust – darunter auch MuslimInnen – und zeigt verschiedene Perspektiven auf Israel auf.

Im Jahr 2017 wurde ein deutlicher Anstieg des Antisemitismus an Berliner Schulen verzeichnet, der vor allem durch die radikal-islamistische Ideologie angeheizt wurde. Das AJC Berlin erkannte die gefährliche Rolle,

die SalafistInnen und salafistische MissionarInnen spielten, Anhängende eines erzkonservativen Zweigs des Islams, der sich in Deutschland und anderswo in Europa ausbreitete und oft dschihadistische Elemente enthielt. In Zusammenarbeit mit seinen langjährigen PartnerInnen in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft der Berliner Landesregierung und dem Landesinstitut für Bildung und Medien Berlin-Brandenburg startete das AJC Berlin ein zweijähriges Fortbildungsprogramm für LehrerInnen an mehr als zwei Dutzend Schulen zum Thema Radikalisierung und Antisemitismus. Das AJC Berlin gab außerdem die Studie „Salafismus und Antisemitismus an Berliner Schulen: Erfahrungsberichte aus dem Schulalltag“ in Auftrag, bei der LehrerInnen an 20 Berliner Schulen befragt wurden. Die Veröffentlichung der Studie lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit bundesweit auf die Verbreitung von Antisemitismus und antidemokratischem Verhalten an vielen Schulen. Im Jahr 2019 veröffentlichte das AJC online ein neues Curriculum mit dem Titel „Demokratie stärken! Aktiv gegen Antisemitismus und Salafismus!“, welches praxisorientierte Ansätze zum Umgang mit islamistischer Radikalisierung im Unterricht enthält.

Der andauernde Kampf gegen den Antisemitismus

DIE ORGANISATION für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war die erste große zwischenstaatliche Organisation, die auf die erneute Bedrohung durch antisemitisch motivierte Gewalt in Europa reagierte. Zu den 56 Mitgliedern gehören die Vereinigten Staaten, doch auch nichtstaatliche Organisationen sind stark beteiligt. Bei der Vorbereitung der ersten hochrangigen Konferenz der OSZE im Jahr 2004 in Berlin arbeitete das AJC eng mit der US-amerikanischen und der deutschen Regierung zusammen. Das AJC Berlin förderte in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Vortragsreihe zum Thema Antisemitismus, um die Öffentlichkeit stärker für diese Problematik zu sensibilisieren.

Neben der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und NGOs auf der Konferenz war das AJC auch an der Formulierung der Erklärung des Vorsitzenden beteiligt, der die neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus als „eine Bedrohung der Demokratie, der zivilisatorischen Werte und damit der allgemeinen Sicherheit in der OSZE-Region und darüber hinaus“ bezeichnete.

Unter der Schirmherrschaft der OSZE schuf das AJC ein internationales Netzwerk aus NGOs und PädagogInnen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen. Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes leitete das AJC Berlin die Koordination eines NGO-Forums am Tag vor der OSZE-Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, dem gemeinnützigen Verein Honestly Concerned, der Amadeu Antonio Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung. Es kamen etwa 400 TeilnehmerInnen aus Deutschland, anderen europäischen Ländern, den USA und Israel. Das AJC half bei der Abfassung einer Abschlusserklärung auf diesem Forum, die von Dutzenden von Organisationen unterzeichnet wurde und in der alle gesellschaftlichen Gruppen dazu aufgerufen wurden, „Untätigkeit und Nachsicht gegenüber antisemitischen Äußerungen zu verurteilen und anzuerkennen, dass der Antisemitismus das Gefüge der Zivilgesellschaft zerstören kann, wenn er sich frei von öffentlicher Verurteilung und rechtlicher Verfolgung verbreiten kann“.

Auf der Konferenz wurde die Bedeutung einer einheitlichen Definition von Antisemitismus sowie der Einberufung eines/einer OSZE-Sondergesandten für Antisemitismus betont. Das AJC spielte eine führende Rolle bei der Ausarbeitung und Koordinierung der sogenannten Arbeitsdefinition von Antisemitismus, einer nicht-juristischen Standarddefinition, die von zahlreichen Regierungen angenommen wurde, darunter jene der USA, Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs. 2005 wurde der Posten eines/einer OSZE-Sondergesandten für Antisemitismus eingerichtet, für den der deutsche Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen ernannt wurde. Die Teammitglieder des AJC Berlin arbeiteten intensiv mit ihm zusammen. Im Jahr 2009 trat Rabbiner Andrew Baker, AJC-Direktor für internationale jüdische Angelegenheiten, seine Nachfolge an und schuf damit zusätzliche Möglichkeiten für die Zusammenarbeit des AJC mit der OSZE. Baker wurde bis heute jedes Jahr neu in diesem Amt bestätigt.

Angesichts der anhaltenden Sicherheitsprobleme für jüdische Gemeinschaften in Europa schlug Rabbi Baker 2013 vor, eine Schwerpunktveranstaltung der OSZE zu nutzen, um weitere Regierungen dazu zu bewegen, auf die wachsende Bedrohung zu reagieren. Deutschland



**Führungsmitglieder des AJC auf
einem Treffen mit Bundeskanzlerin
Merkel am 10. Oktober 2018 in Berlin**

Foto: Bundesregierung / Eckel

„Ohne die Hilfe des AJC wäre der Posten eines Antisemitismusbeauftragten nicht geschaffen worden.“

– Felix Klein, der erste Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung

erklärte sich bereit, die Konferenz auszurichten. Das AJC Berlin stellte sicher, dass das Bundesinnenministerium beteiligt war und brachte führende VertreterInnen jüdischer Gemeinschaften aus ganz Europa zu dieser ersten hochrangigen Konferenz zusammen, auf der die Verantwortung der Regierungen für die Sicherheit ihrer jüdischen Gemeinschaften diskutiert wurde.

2014 fand in Berlin erneut eine große OSZE-Konferenz zu Antisemitismus statt. Zehn Jahre nach dieser wegweisenden Konferenz hatte Deutschland beschlossen, eine Folgeveranstaltung zu organisieren. Das AJC Berlin war nicht nur maßgeblich an der Planung der Konferenz beteiligt, sondern war auch einer von zwei Mitorganisatoren des zivilgesellschaftlichen Forums, das am Vortag der Konferenz stattfand.

Die andauernden Bemühungen des AJC für eine möglichst umfassende Nutzung der Arbeitsdefinition Antisemitismus führten dazu, dass Deutschland, das 2016 den OSZE-Vorsitz innehatte, einen Konsens in der OSZE über die Annahme der Arbeitsdefinition erzielte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier drängte auf die Verabschiedung durch die OSZE und gewann die Zustimmung aller bis auf eines der 56 Mitgliedsländer, der Russischen Föderation.

Im Jahr 2008 riefen das AJC Berlin und die Abteilung für internationale jüdische Angelegenheiten des AJC in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin das Europäische Forum gegen Antisemitismus ins Leben, das später zu einer jährlich stattfindenden Veranstaltung wurde. Es brachte führende Persönlichkeiten jüdischer Gemeinschaften aus 20 Ländern in ganz Europa zusammen, die Informationen austauschten, sich gegenseitig zu Sicherheitsfragen berieten und Ideen dazu entwickelten, wie sich das jüdische Leben schützen lässt. Das Forum ermöglichte auch den Austausch mit hochrangigen deutschen RegierungsvertreterInnen und ParlamentarierInnen und bewegte die Bundesregierung dazu, im Kampf gegen den Antisemitismus in Europa eine führende Rolle zu übernehmen. Auf der Website des Forums waren Informationen über aktuelle Entwicklungen verfügbar.

Da der Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland zunehmend

in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt war, setzte der Bundestag 2008 eine Sachverständigenanhörung an, um weitere Schritte zu prüfen. Die Direktorin des AJC Berlin Deidre Berger drängte darauf, eine/n Antisemitismusbeauftragte/n einzusetzen, um die laufenden Bemühungen zu koordinieren und neue Lösungen zu entwickeln.

Stattdessen richtete der Bundestag 2011 den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus ein, um das Thema zu untersuchen und Empfehlungen auszusprechen. Eine zweite solche Kommission wurde zwei Jahre später eingesetzt, die der Empfehlung des AJC Berlin folgte und 2018 den ersten Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein ernannte.

Dennoch herrschte in großen Teilen der jüdischen Gemeinschaft Unzufriedenheit darüber, dass in keiner der Expertenkommissionen eine jüdische Person vertreten war. Deshalb hat das AJC Berlin gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung und dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) an der Universität Potsdam das Netzwerk zur Erforschung und Bekämpfung des Antisemitismus (NEBA) ins Leben gerufen, um mehr jüdische Stimmen in die öffentliche Diskussion über Antisemitismus und jüdisches Leben einzubringen. NEBA lud 2016 und 2018 zu zwei gut besuchten Konferenzen ein, um drängende Fragen des Antisemitismus in Politik, Wissenschaft, Kultur und Alltag zu diskutieren. Eine Hauptrednerin auf der Konferenz 2016 war Professorin Deborah Lipstadt von der Emory University, die das AJC maßgeblich unterstützt hatte, als sie in London aufgrund einer Verleumdungsklage durch den berüchtigten Holocaust-Leugner David Irving vor Gericht stand.

Seit seiner Eröffnung hat das Berliner AJC-Büro Erscheinungsformen von Antisemitismus und Rechtsextremismus stets wachsam verfolgt, Advocacy-Treffen organisiert und Medienkampagnen durchführt, um auf Probleme aufmerksam zu machen und alle AkteurInnen zum Handeln aufzurufen. Das AJC hat zuweilen auch Klagen eingereicht, zum Beispiel gegen eine türkische Buchmesse in Berlin wegen des Verkaufs antisemitischer Literatur wie „Die Protokolle der Weisen von Zion“ und den von der Hisbollah produzierten Film „Sarahs blaue Augen“. Erschreckenderweise befand die Berliner Staatsanwaltschaft, dass diese Werke nicht maßgeblich antisemitisch seien. Erfolgreicher waren die 2009 gegen Amazon eingereichten Klagen wegen der Verbreitung von Literatur zur Holocaust-Leugnung, auf die das AJC Berlin aufmerksam geworden war. Die Münchner Staatsanwaltschaft zwang Amazon, den Verkauf der Artikel einzustellen.

Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen

MIT DER GRÜNDUNG des Staates Israel forderte die AJC-Führung die US-Regierung auf, den neuen jüdischen Staat bei der Wiederansiedlung und der Aufnahme von Holocaust-Überlebenden zu unterstützen. Der AJC-Vorsitzende Jacob Blaustein war maßgeblich an den Verhandlungen mit Westdeutschland über die Reparationszahlungen wegen des Holocausts beteiligt, worin auch erhebliche Summen für Überlebende in Israel vorgesehen waren. Blaustein stellte später fest, dass die Reparationsfonds damals die wichtigste Einnahmequelle für den Staat Israel waren.

In den späten 1950er und 1960er Jahren lieferte die Bundesrepublik auch Waffen an Israel. Als dies 1964 bekannt wurde, setzte sie die Hilfe aus, da sie befürchtete, Ägypten könne im Gegenzug die DDR anerkennen. AJC-Präsident Morris Abram brachte gegenüber dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Karl Carstens scharfen Protest gegen die Entscheidung vor. Am 12. Mai 1965 vereinbarten die Bundesrepublik und Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Bundesrepublik zahlte eine Entschädigung für die ausgebliebenen Waffenlieferungen. Wochen später, am 2. Juni, unterstrich AJC-Präsident Morris Abram bei einem Treffen mit Bundeskanzler Ludwig Erhard in New York die Bedeutung dieses Schrittes.

Das AJC verfolgte weiterhin aufmerksam die Entwicklungen in den deutsch-israelischen Beziehungen, worauf auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel bei der Eröffnung des Berliner AJC-Büros im Jahr 1998 einging. Er erklärte, dass das AJC-Büro in Berlin „den engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat und Volk Israel einen weiteren wichtigen Strang“ hinzufügte. Einer der Hauptgründe für die Eröffnung eines AJC-Büros in Berlin war tatsächlich die große Bedeutung, die das AJC dem deutsch-israelischen Bündnis sowohl für das US-amerikanische Judentum als auch für die USA zumaß. Eines der ersten Themen, mit denen sich das neue AJC-Büro in Berlin eingehend befasste, war das Bild Israels in der Berichterstattung deutscher Printmedien über die sogenannte „Zweite Intifada“. Das AJC beauftragte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung mit der Durchführung einer

quantitativen Studie darüber, wie sechs verschiedene Zeitungen über vier aktuelle Ereignisse berichteten, wobei Sprache und Inhalt auf mögliche Verzerrungen untersucht werden sollten.

Der daraus resultierende Bericht 2002 trug den Titel „Die Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien unter besonderer Berücksichtigung des Israelbildes“ und kam zu dem Ergebnis, dass die Berichterstattung mit Verzerrungen durchzogen war, die, wenn auch vielleicht oft unbeabsichtigt, doch problematisch waren. Die Faktoren, die zu einer Verzerrung führten, waren nach Meinung der ForscherInnen eine zu starke Vereinfachung des israelischen Vorgehens, eine paternalistische Haltung gegenüber den PalästinenserInnen, eine Sprache, die sich klassischer antisemitischer Stereotype bediente, wie Ritualmordlegenden, die verfehlte Gleichsetzung der Nazi-Vergangenheit mit der aktuellen israelischen Regierungspolitik, eine Verharmlosung der deutschen Vergangenheit und die auffällig häufige Verwendung von Zitaten regierungskritischer Israelis. Durch den Bericht, der landesweit in der Presse Beachtung fand, nahmen einige JournalistInnen und RedakteurInnen eine differenzierte Haltung gegenüber der Darstellung Israels in ihren Medien ein. Die Studie galt später als Katalysator für Veränderungen in der Methodik sowie beim Verfassen von Schlussfolgerungen.

„Das AJC legte den Grundstein für den Anlass, den wir heute feiern (die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland). Schon seit 50 Jahren ist das AJC ein wichtiger Partner für Deutschland im Dialog mit dem amerikanischen Judentum und in unseren transatlantischen Beziehungen.“

— Harald Braun, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, bei einer Rede während der UN-Feierlichkeiten am 19. Mai 2015 in New York.

Auch als Reaktion auf die intensive politische Debatte über das damalige israelische Vorgehen sowie die unausgewogene Berichterstattung richtete das AJC Berlin 2003 zusammen mit Reinhold Robbe, dem Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, einen hochrangigen Israel-Koordinierungsausschuss ein. Dieses Gremium, das bis 2012 regelmäßig tagte, informierte über deutsch-israelische Angelegenheiten und lud ParlamentarierInnen und LeiterInnen von Behörden und Nichtregierungsorganisationen zu Informationsveranstaltungen ein. Es diente damit als nationale Koordinierungsstelle für bedeutende Jahrestage und Veranstaltungen im Zusammenhang mit den deutsch-israelischen Beziehungen. Im selben Jahr begann das AJC Berlin, jährliche Reisen nach Israel für EntscheidungsträgerInnen aus der Bundesregierung, dem Parlament, den Medien und der Zivilgesellschaft zu organisieren, insbesondere für solche, die zwar unter anderem zu Israel arbeiteten, aber nur selten oder noch nie persönlich mit dem Land in Berührung gekommen waren. Seit 2018 nehmen auch ÖsterreicherInnen daran teil. Die Reisen werden im Rahmen des AJC-Programms „Project Interchange“ durchgeführt, das führenden EntscheidungsträgerInnen faktenbasierte Studienreisen nach Israel ermöglicht. Mit Unterstützung des AJC Jerusalem wurden weitere Reisen für deutsche ParlamentarierInnen, Bundeswehrangehörige und LeiterInnen transatlantischer Think Tanks durchgeführt. Auf jede dieser Reisen folgt eine Auswertung in Berlin. Die mehr als 250 Alumni des Programms bleiben in engem Kontakt mit dem AJC und erhalten regelmäßig Materialien und Updates zum Project-Interchange-Programm sowie Einladungen zur Teilnahme an den Aktivitäten des AJC Berlin.

Im Jahr 2007 hat das AJC Berlin eine Essaysammlung mit dem Titel „Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007“ herausgegeben, um ein positiveres Verständnis des heutigen Israel und der deutsch-israelischen Beziehungen zu fördern. Zwei Dutzend deutsche MeinungsführerInnen aus Parlament, Medien und Nichtregierungsorganisationen steuerten Beiträge bei, in denen sie aus ihrer persönlichen Sicht darlegten, warum die Beziehungen zu Israel für Deutschland von entscheidender Bedeutung sind.

Das AJC Berlin führt laufend Grundsatzdiskussionen und runde Tische durch, um zusätzliche Perspektiven zu Aspekten der deutschen Israel- und Nahostpolitik einzubringen. Im Jahr 2014, kurz vor dem 50. Jahrestag der Aufnahme der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen, hat das AJC Berlin die Konferenzreihe „50/50 – German-Israeli Relations. The

Next 50 Years“ (50/50 – Die nächsten 50 Jahre der deutsch-israelischen Beziehungen) ins Leben gerufen. Auf Grundlage des Holocaust-Gedenkens ging es darum, neue Möglichkeiten zur Stärkung der deutsch-israelischen Beziehungen zu finden. In Berlin fanden zwei Seminare statt, die das AJC in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem Auswärtigen Amt und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik organisiert hatte. In Tel Aviv fand in Zusammenarbeit mit dem Institute for National Security Studies (INSS) eine Konferenz statt. Insgesamt kamen mehr als 200 führende ExpertInnen zusammen, um die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen aufzuarbeiten, Antworten auf aktuelle Fragen zu finden und neue Ansätze für die nächsten 50 Jahre zu skizzieren. Durch die Seminare entstand ein starkes Netzwerk an TeilnehmerInnen. Anlässlich des 50. Jahrestages der deutsch-israelischen Beziehungen im Jahr 2015 verlieh die Botschaft des Staates Israel in Deutschland Auszeichnungen für herausragende Beiträge zur Förderung der Beziehungen. Das AJC Berlin erhielt in der Kategorie der Nichtregierungsorganisationen die höchste Auszeichnung.

In den Jahren 2015/2016 kam eine sehr große Zahl an Geflüchteten und MigrantInnen nach Europa, vor allem aus dem Nahen Osten; mehr als eine Million Menschen landete in Deutschland. Im Jahr 2016 unterstützte das AJC seinen langjährigen Partner IsraAID, eine private israelische humanitäre Hilfsorganisation, die bei Katastrophen in der ganzen Welt Hilfe leistet, ein Programm zur psychosozialen Betreuung und Therapie für traumatisierte Geflüchtete in Deutschland zu starten, darunter auch Überlebende des versuchten Völkermordes an den JesidInnen durch den IS im Nordirak. Die positive Resonanz auf seine Arbeit bewegte IsraAID dazu, eine deutsche Zweigstelle zu eröffnen, die in Zusammenarbeit mit dem AJC die Integration der in Deutschland ankommenden MigrantInnen unterstützt.

Verbesserung der transatlantischen Beziehungen

VON ANFANG AN betrachtete das AJC als eine der Kernaufgaben seines Berliner Büros, die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen zu unterstreichen. Auf Grundlage des Holocaust-Gedenkens bieten diese Beziehungen nicht nur jüdischem Leben Schutz, sondern auch den Freiheiten und Grundrechten der Demokratie. Das AJC Berlin, eine der wenigen Vertretungen einer US-amerikanischen Organisation in Berlin, nimmt inzwischen als Gastgeber von Diskussionsveranstaltungen zu Fragen, die für die transatlantischen Angelegenheiten von Bedeutung sind, eine wichtige Rolle ein.

Die Eröffnung des Berliner AJC-Büros fiel zeitlich in die Zeit des Umzugs des Bundestags von Bonn nach Berlin. Zu dieser Zeit kamen BeamtInnen, ParlamentsmitarbeiterInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen in die neue Hauptstadt und waren begeistert, mit VertreterInnen einer amerikanisch-jüdischen Organisation über transatlantische Herausforderungen diskutieren zu können.

Ein Beispiel dafür war die Zusammenarbeit des AJC mit der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gemeinsam organisierten sie Reisen jüngerer Abgeordneter in die USA. 2002 startete das AJC Berlin eine Reihe runder Tische zu transatlantischen Beziehungen mit ReferentInnen aus Deutschland, den USA und Israel. Hier kamen MitarbeiterInnen der mittleren Ebene aus allen Bereichen von Regierung und Parlament sowie der Zivilgesellschaft zusammen. Die Gespräche erfreuten sich von Anfang an erheblicher Beliebtheit, insbesondere vor dem Hintergrund der Spannungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen aufgrund des Irak-Krieges, und boten Gelegenheit zu offenen und vertraulichen Gesprächen. Obgleich in der Folgezeit verschiedenste Think Tanks und außenpolitische Institute weitere transatlantische Gesprächskreise in Berlin ins Leben riefen, ist es der besonderen Perspektive des AJC auf transatlantische Angelegenheiten zu verdanken, dass solche Veranstaltungen auch langfristig großen Anklang fanden. Im Jahr 2003 richtete das AJC Berlin einen hochrangigen deutsch-amerikanischen Beirat ein, der zweimal jährlich in Berlin und den USA tagt.

Die Mitglieder des Beirats des AJC Berlin Ramer Institute sind Alumni des vom AJC und von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten „German Jewish Exchange Program“ für junge Führungskräfte und sind daher mit der aktuellen deutschen Politik und Gesellschaft vertraut. Dem Beirat gehören angesehene Deutsche aus unterschiedlichen politischen Bereichen an, die ein großes Interesse an deutsch-amerikanisch-jüdischen Angelegenheiten haben; darüber hinaus gibt es weitere Mitglieder aus den USA, die sich in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen ein eigenes Profil erarbeitet haben. Die Sitzungen des Beirats waren ein ideales Forum für offen und ehrlich geführte Diskussionen über transatlantische und deutsch-jüdische Angelegenheiten. Gründungsvorsitzender des Beirats war Lawrence Ramer, die deutsche Ko-Vorsitzende war die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth. Weitere Mitglieder des AJC, die den Vorsitz innehatten, sind Anthony Meyer, Steven Wisch und Allan Reich. Eine weitere deutsche Ko-Vorsitzende ist Hildegard Müller, eine ehemalige Staatssekretärin im Bundeskanzleramt.

Eine weitere Maßnahme, mit der das AJC Berlin Ramer Institute ein klares Signal für die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen

„Seit Jahrzehnten investiert das AJC auf beispielhafte Weise in die transatlantische Partnerschaft. Das neue Berliner Büro ist für immer mehr US-amerikanische Jüdinnen und Juden zu einer Brücke der Verständigung mit dem heutigen Deutschland geworden.“

— Joschka Fischer, deutscher Außenminister und Vizekanzler (1998–2005)
auf dem Jahrestreffen des AJC in Washington, D.C., im Jahr 2001.

setzen wollte, war die Ehrung führender BrückenbauerInnen der deutsch-amerikanisch-jüdischen Nachkriegsbeziehungen. Im Jahr 2008 rief das AJC Berlin den Ernst Cramer Award für herausragende Beiträge zur deutsch-amerikanisch-jüdischen Verständigung ins Leben. Der Preis wurde zu Ehren der Leistungen des Journalisten Ernst Cramer benannt, eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Nachkriegszeit, die Verbindungen zwischen dem US-amerikanischen Judentum und Deutschland aufgebaut hatten. Er war ein deutsch-jüdischer Emigrant

in die USA, der nach Kriegsende als US-Soldat in die Bundesrepublik zurückkehrte. Er wurde einer der frühen Förderer der Erneuerung der Demokratie in Westdeutschland und war an der Gründung des pro-amerikanischen und pro-israelischen Axel Springer Verlags beteiligt. Im Laufe seiner Karriere war Cramer eng mit dem AJC verbunden. Bei der Gründung seines Berliner Büros im Jahr 1998 ließ sich das AJC von dem erfahrenen Cramer beraten.

Der erste Preisträger des Ernst Cramer Awards im Jahr 2008 war Michael Blumenthal, Gründungsdirektor des Jüdischen Museums in Berlin. Blumenthal ist ein deutsch-jüdischer Emigrant, der zuerst nach Shanghai und dann in die USA zog und schließlich US-Finanzminister wurde. Später schrieb er ein Buch über seine deutsch-jüdische Familiengeschichte. Er wurde mit folgenden Worten ausgezeichnet: „Für Ihre Pionierarbeit zum Gedenken an die jüdische Geschichte und zur Stärkung der jüdischen Präsenz im heutigen Deutschland“. Ernst Cramer hielt die Laudatio für die erste Verleihung des Preises, der seinen Namen trug.

Im Jahr 2010 wurde der Preis anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Austauschprogramms des AJC und der Konrad-Adenauer-Stiftung der Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung verliehen „für die Stärkung der Beziehungen zur amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft, die Verankerung des Holocaust-Gedenkens bei den jüngeren Generationen und die Schärfung des Bewusstseins für jüdisches Leben in den USA, Deutschland und Israel“.

Im Jahr 2013, am 15. Jahrestag der Eröffnung des AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute für deutsch-jüdische Beziehungen wurde der Ernst Cramer Award an Lawrence (posthum) und Lee Ramer, die Gründer des Instituts, verliehen. In seiner Laudatio für Michael Blumenthal hatte Cramer vorgeschlagen, Lawrence Ramer zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Preis auszuzeichnen, um sein besonderes Engagement für die deutsch-amerikanisch-jüdischen Beziehungen zu würdigen. Im Jahr 2013, als Cramer ebenfalls verstorben war, würdigte der Preis posthum die Leistungen sowohl von Cramer als auch von Ramer, die den Dialog zwischen der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft und führenden deutschen Persönlichkeiten angeregt hatten. Im Jahr 2014 ehrte das AJC Phil Murphy, einen ehemaligen US-Botschafter in Deutschland „in Anerkennung seines unerschütterlichen Engagements und seines unentwegten Einsatzes für jüdische Angelegenheiten, die deutsch-jüdischen Beziehungen und den Staat Israel“ mit dem Ernst Cramer Award.

Im Zentrum des transatlantischen Dialogs des AJC Berlin Ramer Institute stehen häufig Nahost-Themen. Bereits von Anfang an gab es Debatten über die Rolle des Iran bei der Förderung des Extremismus im Nahen Osten und in Europa. Das AJC Berlin zeigte sich alarmiert durch die jährlichen Al-Quds-Tag-Märsche in Berlin, die den Hass gegen Israel schüren, und wurde einer der ersten Unterstützer von Gegenkundgebungen und anderen Veranstaltungen, die das öffentliche Bewusstsein für den wahren Charakter des Al-Quds-Tags schärften. Dabei handelt es sich um eine internationale anti-israelische Propagandaveranstaltung, die 1989 von der islamischen Führung des Iran ins Leben gerufen wurde. Im Jahr 2006 veröffentlichte das AJC Berlin das Dossier „Antisemitismus Made in Iran: Die internationale Dimension des Al-Quds-Tags“ und war damit die erste Organisation in Deutschland, die umfassende Informationen über den antisemitischen Hintergrund der Veranstaltung verbreitete.

Angesichts der jährlichen Al-Quds-Märsche wandte sich das AJC Berlin an Polizei und Sicherheitskräfte in Berlin, um auf den islamischen Extremismus hinzuweisen. Ab 2004 richtete es jährliche Schulungsseminare und Auswertungen nach solchen Events ein, damit die verantwortlichen Polizeikräfte die dort verbreiteten antisemitischen und radikalen Botschaften verstehen können. In Zusammenarbeit mit dem Community Security Trust in London lud das AJC Berlin auch britische SicherheitsexpertInnen ein, die sich mit ihren Berliner KollegInnen über Fragen des Extremismus austauschen konnten. Im Jahr 2016 verbot die Stadt Berlin auf der Grundlage der Rechtsberatung, die das AJC Berlin der Polizei zur Verfügung stellte, das Zeigen von Hisbollah-Fahnen und -Symbolen bei der jährlichen Kundgebung und führte strengere Vorschriften für Propagandamittel bei Protesten ein.

2006 organisierte das AJC Berlin gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin eine Konferenz über die von der iranischen Regierung propagierte Holocaustleugnung, die parallel zu dem grotesken iranischen „Wettbewerb“ für Karikaturen über den Holocaust stattfand.

2009 organisierte das AJC Berlin mit dem Aspen-Institut und der Heinrich-Böll-Stiftung eine hochrangige Konferenz mit dem Titel „Towards a New Transatlantic Strategy on Iran and its Nuclear Program“ (Eine neue transatlantische Strategie zum Iran und seinem Nuklearprogramm). Es war eine der ersten Veranstaltungen, auf der die Zweifel deutscher und internationaler Fachleute am Kurs und dem tatsächlichen Hintergrund des iranischen Atomprogramms deutlich und im Detail formuliert wurden. Der

Konferenz folgten 2012 und erneut 2013 ExpertInnenseminare, die das AJC und die Heinrich-Böll-Stiftung organisiert hatten, um die Auswirkungen der Sanktionen auf das iranische Atomprogramm und mögliche Wege aus der politischen Sackgasse zu untersuchen.

Das AJC berief 2014 und 2015 weitere internationale ExpertInnenseminare ein, die die verhängten Sanktionen überprüften und den Stand der Verhandlungen zur Eindämmung der iranischen Nuklearambitionen erörterten. Mithilfe dieser Seminare und der Erarbeitung von Informationsbroschüren, die mit wichtigen EntscheidungsträgerInnen und Parlamentsmitgliedern geteilt wurden, behielt das AJC Berlin Ramer Institute die Sanktionen und Vertragsbrüche des iranischen Regimes immer genau im Blick.

Darüber hinaus arbeiteten das AJC und sein Berliner Büro unermüdlich daran, dass sich die Bundesregierung für eine EU-weite Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation und die Aufnahme in die EU-Terrorliste einsetzt. Im Jahr 2013 kündigte das Bundesinnenministerium nach Absprache mit dem AJC Berlin an, dass es die Aufnahme in die Liste unterstützen werde. Da die Aufnahme in die EU-Terrorliste jedoch auf den sogenannten „militärischen“ Flügel der Hisbollah beschränkt war, setzte sich das AJC weiterhin dafür ein, dass die gesamte Organisation auf die Liste gesetzt wird, und forderte Deutschland auf, dem Beispiel der Niederlande und Großbritanniens zu folgen und alle Aktivitäten der Hisbollah innerhalb der Staatsgrenzen zu verbieten. Im April 2020 kündigte Deutschland ein vollständiges Verbot der Aktivitäten der Hisbollah im Land an, ein Schritt, der vom AJC begrüßt wurde. Neben seiner Arbeit zum islamischen Radikalismus hat das AJC Berlin deutsche EntscheidungsträgerInnen im Rahmen von Konferenzen und öffentlichen Kampagnen unermüdlich auf rechtsextremistische Trends aufmerksam gemacht. Im Jahr 2011 gab das AJC Berlin Ramer Institute bei der internationalen Anwaltskanzlei Hogan Lovells eine vergleichende Studie zu bestehenden Gesetzen zu Hass-Verbrechen in den USA, der EU und vier EU-Ländern (Deutschland, Großbritannien, Polen und Frankreich) in Auftrag. Die „Studie über Gesetzesvorschläge zur Verhütung und Bekämpfung von Hass-Verbrechen“ zeigte auf, dass bestehende Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Hasskriminalität nur bei einer wirksamen Strafverfolgung greifen. Dies war die erste Studie, die sowohl die Gesetzgebung als auch die Durchsetzung von Gesetzen gegen Hassverbrechen in der transatlantischen Gemeinschaft untersucht hat.

Die Ankunft von mehr als einer Million MigrantInnen in Deutschland ab 2015, vor allem aus dem Iran, Irak und Afghanistan, führte zu politischen Unruhen und stärkte rechtsextreme Parteien, die sich gegen EinwandererInnen und muslimische Menschen richteten. Das führte für viele Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft zu einem Dilemma. Auch wenn jüdische Gruppen MigrantInnen und Minderheitengruppen traditionell freundlich gesinnt waren, waren viele doch beunruhigt darüber, wie stark eine solch große Gruppe von MuslimInnen, die aus Ländern mit einer klar antisemitischen Politik kamen, das jüdische Leben beeinflussen würde. Auch gab es Bedenken, ob Deutschland fähig sein würde, so viele Menschen aus Ländern ohne demokratisches System zu integrieren, zumal sich die Integration auch schon vor 2015 als schwierig erwiesen hatte.

Das AJC beauftragte Professor Dr. Günther Jikeli von der Universität Indiana/Universität Potsdam mit der Durchführung einer qualitativen Studie über die Einstellung von Geflüchteten gegenüber jüdischen Menschen und westlichen Werten. Die Studie „Attitudes of Refugees from Syria and Iraq towards Integration, Identity, Jews and the Shoah“ (Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah) aus dem Jahr 2017 zeigte, dass Geflüchtete Deutschland zwar überwiegend positiv gegenüberstanden und die Freiheit und Sicherheit schätzten, die sie dort genossen, ihre Weltsicht jedoch weitgehend mit Verschwörungstheorien durchzogen war. In den Interviews wurden häufig antisemitische Stereotype geäußert, obgleich Angehörige einiger religiöser Minderheiten, insbesondere KurdInnen, eine positivere Einstellung gegenüber jüdischen Menschen hatten. Die StudienteilnehmerInnen wussten meist nur wenig über die Shoah und hatten ein grundsätzlich negatives Bild von Israel, auch wenn es unter den kurdischen Flüchtlingen auch hier einige Ausnahmen gab. Dr. Jikeli und sein Forschungsteam entnahmen den Kommentaren, dass Antisemitismus im sozialen Umfeld, in Schulen, Medien und bestimmten Interpretationen des Islam präsent war. Viele Medien berichteten umfassend über die Veröffentlichung der Studie und schafften damit ein größeres Bewusstsein für die Dringlichkeit, sich mit antisemitischen und antiwestlichen Stereotypen unter MigrantInnen auseinanderzusetzen.

Mit dem Ziel, den Fokus auf die transatlantischen Beziehungen weiter zu verstärken, unternahm das AJC den bahnbrechenden Schritt, die Ausrichtung seines jährlichen Global Forums vom 14. bis 17. Juni 2020 anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und des

30. Jahrestages der deutschen Einheit in Berlin anzusetzen. Nie zuvor hatte sich eine amerikanisch-jüdische Organisation so offen zur deutschen Nachkriegsdemokratie bekannt und Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der transatlantischen Beziehungen beigemessen. Die Veranstaltung war für mehr als 2.000 TeilnehmerInnen aus den USA, Deutschland und Dutzenden weiterer Länder rund um den Globus geplant. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Heiko Maas gehörten zu den bestätigten RednerInnen. Das Programm sollte im ehemaligen, eine Stunde vor den Toren Berlins gelegenen Konzentrationslager Sachsenhausen beginnen, und mit einer Zeremonie unter freiem Himmel vor dem Brandenburger Tor enden, dem Berliner Symbol der Freiheit. Damit sollten sich die TeilnehmerInnen auf eine emotionale und intellektuelle Reise von der Vergangenheit in die Zukunft begeben.

Leider musste das AJC jedoch aufgrund der Corona-Pandemie und der sich daraus ergebenden Reise- und Konferenzbeschränkungen dieses historische Global Forum absagen und durch ein virtuelles ersetzen. Angela Merkel, die 2005 erstmals zur Bundeskanzlerin gewählt wurde und 2006 zusammen mit US-Präsident George W. Bush und UN-Generalsekretär Kofi Annan auf der AJC Centennial Gala in Washington, D.C., gesprochen hatte, hatte sich darauf vorbereitet, die TeilnehmerInnen des Global Forum 2020 – des voraussichtlich größten Treffens einer jüdischen Interessenvertretung in Berlin seit dem Zweiten Weltkrieg – zu begrüßen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel
und US-Präsident George W. Bush
auf der AJC Centennial Gala in
Washington, D.C., im Jahr 2006

Das Leben der jüdischen Gemeinschaft im heutigen Deutschland

NACH DEM FALL der Berliner Mauer kamen Tausende jüdischer Geflüchteter aus der Sowjetunion nach Deutschland. Die Ressourcen der kleinen jüdischen Gemeinschaft mit weniger als 30.000 Mitgliedern waren schnell ausgeschöpft und die Integration wurde schwierig. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, Hilfe zu leisten, da sie die historische Chance erkannte, das jüdische Leben in Deutschland zu stärken. Infolge der besonderen Aufnahmebedingungen, die Deutschland jüdischen ZuwanderInnen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion anbot, kamen mehr als 200.000 Jüdinnen und Juden nach Deutschland und gesellten sich damit zu der zeitweise am schnellsten wachsenden jüdischen Gemeinschaft der Welt.

Das AJC, das historisch eng mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland verbunden war, brachte schon früh seine Unterstützung für die entstehende jüdische Nachkriegsgemeinschaft in Deutschland zum Ausdruck, im Gegensatz zu vielen andere amerikanisch-jüdischen Organisationen, die die Wiederherstellung jüdischen Lebens in Deutschland nach dem Holocaust ablehnten. Nach der Eröffnung seines Berliner Büros intensivierte das AJC seine Beziehungen zu führenden deutsch-jüdischen AkteurInnen weiter.

Am 23. März 2003 nahmen die Mitglieder des AJC-Beirats und leitende MitarbeiterInnen des AJC an einer Vorstandssitzung des Zentralrats der Juden in Deutschland teil. Ratspräsident Paul Spiegel stellte fest, dass die Ankunft der jüdischen Menschen aus Osteuropa einen Neuanfang für das jüdische Leben in Deutschland darstelle und verwies auf eine kürzlich abgeschlossene Vereinbarung mit der Bundesregierung, die der Gemeinschaft mehr rechtliche Anerkennung und finanzielle Stabilität verschaffte. Er drückte auch seine Besorgnis über eine Zunahme des Antiamerikanismus in Deutschland infolge des Irak-Krieges aus. Der Geschäftsführer des AJC David Harris stimmte dem zu und erklärte, dass jüdische Menschen in Deutschland und den USA das gemeinsame Ziel verfolgten, jüdisches Leben zu schützen und zu verteidigen sowie

gegenseitigen Respekt, Verantwortung und Umsicht als Bollwerke gegen Extremismus zu fördern. Beide waren sich darin einig, wie wichtig es ist, für Israel einzutreten und jüdische Werte zu vermitteln.

Im Juni 2005 veranstalteten das AJC Berlin und der Zentralrat der Juden in Deutschland ein gemeinsames russisch-jüdisches Seminar in Berlin für Menschen, die eine Rolle als Lay Leaders ihrer jüdischen Gemeinschaften in ganz Deutschland anstreben. Das Seminar konzentrierte sich auf Themen wie Identität, jüdische Gemeinschaftsstrukturen sowie Kommunikations- und Netzwerkfähigkeiten und inspirierte viele TeilnehmerInnen, in ihren eigenen Gemeinschaften aktiver zu werden. Die Veranstaltung basierte auf Konzepten, die das AJC bei seinen Initiativen in den USA für russischsprachige jüdische EinwandererInnen entwickelt hatte.

Als sich Vorfälle von Antisemitismus in den Schulen zu häufen begannen, initiierte das AJC 2008 das Projekt „Jewish Educators Circle“. Jüdische LehrerInnen sollten sowohl an jüdischen als auch an öffentlichen Schulen Wissen über jüdisches Leben und jüdische Geschichte vermitteln. Diese Lehrkräfte versammelten sich immer wieder im Laufe der nächsten vier Jahre auf der Suche nach Wegen, die eigene Identität als Jüdinnen und Juden angesichts zunehmender Feindseligkeiten zu verteidigen. Sie tauschten darüber hinaus bewährte Praktiken und Methoden zur Vermittlung von Informationen über das deutsch-jüdische Leben in Vergangenheit und Gegenwart aus.

Im Jahr 2008, anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des AJC Berlin, würdigte das AJC Berlin die wachsende Lebendigkeit jüdischen Lebens in Deutschland. Bei einem Gala-Abend im Jüdischen Museum stiftete das AJC Thora-Rollen an neue Gemeinschaften im ostdeutschen Schwerin und in Hamburg. Außerdem verlieh es seinen neu geschaffenen „Sidney Lefkowitz Award for International Jewish Renewal“ an Charlotte Knobloch, Holocaust-Überlebende und Präsidentin des Zentralrats der Juden, „in Anerkennung Ihrer unermüdlichen Bemühungen um die Wiederbelebung des jüdischen Lebens in Deutschland“.

Im Jahr 2010, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, beriefen das AJC und der Zentralrat der Juden in Deutschland eine große Konferenz mit dem Titel „The Jewish Dimensions of 1989/90“ (Die jüdischen Dimensionen von 1989/90) ein. Amerikanische, deutsche und osteuropäische VertreterInnen und ChronistInnen des jüdischen Lebens diskutierten die Auswirkungen der Einigung Europas auf Europas jüdische Gemeinschaften im Hinblick



Das angeleuchtete Brandenburger Tor in Berlin mit israelischer Flagge als Solidaritätsbekundung nach einem Terrorangriff am 9. Januar 2017 in Jerusalem, bei dem vier israelische Soldaten getötet wurden.

auf Erinnerung, Identität, Bildung und religiöses Leben. Man einigte sich darauf, dass das Ende des Kalten Krieges für das Judentum in ganz Europa einen Neubeginn bedeutete. Es entstanden neue Institutionen und Lernzentren, die das jüdische Leben und spirituelle Erneuerung fördern sollten. Obwohl auch Besorgnis über die Zunahme des Antisemitismus, die Feindseligkeit gegenüber Israel und die angespannten Beziehungen zu den muslimischen Gemeinschaften geäußert wurde, kam man insgesamt zu der Einschätzung, dass sich das jüdische Leben in Deutschland und Europa intensiver gestalten werde.

Im Jahr 2012 entstand in Deutschland eine gut organisierte und aggressive Anti-Beschneidungsbewegung, die die jüdische Gemeinschaft vor eine große Herausforderung stellte. Der Angriff gegen diese zentrale jüdische und muslimische Praxis stammte von BeschneidungsgegnerInnen, die zum Teil durch das Internet zunehmend an Aufmerksamkeit gewannen. Ausgelöst durch eine Nachblutung nach einer Operation eines muslimischen Jungen in Köln, weiteten sich die Vorbehalte gegen Beschneidungen bald zu einer ganzen Reihe mittelalterlicher, antisemitischer Stereotypen aus.

Als Reaktion darauf kam das AJC, in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, mit PolitikerInnen und MeinungsführerInnen zusammen, um ihnen ein besseres Verständnis der Beschneidung als zentrales jüdisches Glaubensritual zu vermitteln. Unter dem Deckmantel der Kinderrechte verlangten die GegnerInnen ein Verbot der Beschneidung. Einige behaupteten sogar, dass die Beschneidungsempfehlungen in den USA Teil eines Komplotts amerikanisch-jüdischer Ärzte seien. Das AJC gab daraufhin eine von Deidre Berger erstellte Broschüre heraus, in der sie darlegte, dass die Argumente gegen das Beschneidungsritual nur pseudowissenschaftlicher Natur sind, da sie sich auf fragwürdige Ergebnisse von Studien mit unzureichenden Stichprobengrundlagen stützen, die kein Peer-Review-Verfahren durchlaufen hatten. Durch die Arbeit des AJC wurde die Dringlichkeit des Themas stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt und der fehlerhaften Argumentation und den verzerrten Behauptungen, die zur Begründung des geforderten Verbots der Beschneidung herangezogen wurden, wurde die Grundlage entzogen. Bundeskanzlerin Angela Merkel wandte sich unter Verweis auf die Studie des AJC gegen ein Verbot der Beschneidung und die Abgeordneten dankten dem AJC öffentlich und namentlich für seine Forschung und Unterstützung in dieser Frage. Schließlich beschloss der Deutsche Bundestag eine gesetzliche Regelung zur Beschneidung mit bestimmten Auflagen, die für die jüdische Gemeinschaft akzeptabel waren.

Im Jahr 2018, zur Feier des 20-jährigen Bestehens des Büros des AJC Berlin Ramer Institute, hob das AJC erneut die Vielfalt und starke Präsenz des jüdischen Lebens in Deutschland hervor und lobte die bedeutenden Fortschritte, die bei der Integration Zehntausender neuer Mitglieder in die Gemeinschaften erzielt worden waren. Es verlieh den Sydney Lefkowitz Award for International Jewish Renewal an Dr. Josef Schuster, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, mit der Aufschrift „Für Ihren herausragenden Beitrag zur Sicherung und Stärkung der jüdischen Präsenz im vereinigten Deutschland“. Der Zentralrat der Juden und das AJC stehen weiterhin in engem Kontakt und ergänzen und unterstützen sich gegenseitig, um auf Bedrohungen der jüdischen Sicherheit zu reagieren, den Platz Israels in der Staatenfamilie zu behaupten und das jüdische Leben in Europa und den USA zu fördern. Darüber hinaus steht das AJC Berlin in einem kontinuierlichen Dialog mit einer Vielzahl deutsch-jüdischer Institutionen, pro-israelischen Interessenvertretungen sowie jüdischen Bildungs- und anderen Institutionen, die das jüdische Leben in Deutschland prägen.

Der deutsch-jüdische Zukunftsweg

DEUTSCHLAND HAT IMMER eine besondere Rolle in der Geschichte des AJC gespielt, von seiner Gründung durch Jüdinnen und Juden deutscher Abstammung über sein Engagement für die Förderung der Demokratie in Deutschland in der Nachkriegszeit bis hin zur Gründung des Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations, das für die Entscheidung des AJC stand, beträchtliche Mittel für die Eröffnung eines Büros im wiedervereinigten Berlin bereitzustellen. Das Engagement des AJC in Deutschland seit mehr als einem Jahrhundert ist ein herausragendes Beispiel für die entscheidende Rolle, die eine Organisation bei der Schaffung einer sichereren Welt für jüdische Menschen und alle Minderheiten spielen kann, indem sie Bedrohungen der Demokratie aus dem Weg räumt und für ein gegenseitiges Verständnis und Frieden zwischen Staaten sorgt. Das AJC hat Initiativen und Politikansätze ins Leben gerufen, die das Leben von Millionen von Menschen direkt berührt haben.

In Schlüsselmomenten seiner Beziehungen zu Deutschland hat das AJC mutige Standpunkte vertreten und dabei mögliche Konflikte mit der amerikanischen und deutschen Regierungspolitik oder mit der vorherrschenden Meinung der amerikanisch-jüdischen Öffentlichkeit riskiert. In den Nachkriegsjahren war das AJC die erste globale jüdische Organisation, die sich für die wiedergewonnene Souveränität Deutschlands sowie für die Wiederherstellung jüdischen Lebens in Deutschland einsetzte. Nach dem Fall der Mauer war das AJC wieder die erste große jüdische Organisation, die sich für die deutsche Wiedervereinigung einsetzte. In seinem Bestreben, Deutschland nach dem Krieg in der Gemeinschaft der westlichen Nationen zu verankern, hat das AJC nie das Ziel einer besseren Zukunft aus den Augen verloren, ohne dabei die Verbrechen der Vergangenheit zu vergessen oder zu verharmlosen.

Selbst in spannungsgeladenen Momenten des Dialogs hat das AJC immer wieder für die Einbeziehung aller AkteurInnen, den Dialog und persönlichen Austausch plädiert. Mit seinem Fokus auf Partnerschaft und Austausch hat das AJC nachhaltig eine Brücke zu Deutschland geschlagen, was auch an seinem langfristigen Engagement, der Unterstützung der



AJC-Geschäftsführer David Harris überreicht Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2010 den Light Unto the Nations Award des AJC

transatlantischen Partnerschaft, dem Einsatz für die Sicherheit des jüdischen Lebens und der Förderung starker deutsch-israelischer Beziehungen erkennbar wird.

Bundeskanzlerin Merkel hat die Bemühungen des AJC stets unterstützt und war eine geschätzte Partnerin. Im Januar 2010 verlieh ihr das AJC seine höchste Auszeichnung, den „Light Unto the Nations Award“ in Anerkennung „ihres entschiedenen Einsatzes für die Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte, die ihre visionäre Politik kennzeichnen“.

Bei der Überreichung des Preises in Berlin erklärte Harris: „Aus Sicht des AJC kann ihr starkes Engagement für die besonderen und dauerhaften Beziehungen zu Israel wie auch für eine – wie sie es selbst ausdrückte – Kultur der Erinnerung an den Holocaust nicht genug gewürdigt werden. Dies umfasst insbesondere ihr couragiertes Eintreten gegen Antisemitismus, gegen die Leugnung und Verharmlosung des Holocausts und gegen alle Formen von Rassismus.“

Rückblickend auf 75 Jahre Engagement des AJC im Nachkriegsdeutschland, sagte David Harris, CEO des AJC: „Es gibt sicher nichts, das den in seiner vorausschauenden, ergebnisorientierten Ausrichtung einzigartigen Ansatz des AJC besser beschreibt als unser Nachkriegsengagement in Deutschland. Der Weg dorthin war sehr steinig, aber wir haben durchgehalten. Die Ergebnisse sprechen für sich.“

Tatsächlich wäre das jährliche Global Forum des AJC, das für Juni 2020 geplant war, die größte Zusammenkunft jüdischer RepräsentantInnen gewesen, die jemals im Nachkriegsdeutschland stattgefunden hat.

Unsere Botschaft ist klar: Wir müssen das Vermächtnis des Holocaust stets in Erinnerung behalten, wachsam gegenüber Bedrohungen der jüdischen Sicherheit sein und uns für starke amerikanisch-deutsch-israelische Beziehungen einsetzen. Das AJC wird den Kurs seiner mehr als hundertjährigen Beziehungen zu Deutschland beibehalten. Wo immer möglich, wird das AJC mit seinen geschätzten deutschen PartnerInnen in Regierung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um den vielfachen Bedrohungen unserer transatlantischen Grundwerte und der Demokratie im 21. Jahrhundert entgegenzuwirken.

Die Arbeit des AJC in Deutschland hat immer wieder gezeigt, wie wichtig Versöhnung und eine mutige Zukunftsvision sind, um die Folgen der Gräueltaten des Holocausts zu überwinden. Die Vision und das Vorgehen des AJC haben den Weg vorgezeichnet und die herausragenden, geschichtsverändernden Ergebnisse von sieben Jahrzehnten sprechen für sich.

